Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 25,— Mk. Durch die Post monatl. 25,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251 Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 200 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 1,50 Mark | **Donnerstag, den 29. Juni 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 149**

Die Mörder Rathenaus — ermittelt, nicht festgenommen!

Die Täter Mitglieder der Organisation Consul (Brigade Ehrhardt)

Berlin, 29. Juni. (Amtlich.) **Nachdem die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums bereits am Dienstag den zur Ermordung des Ministers Rathenau benutzten Kraftwagen ermittelt und im Berliner Polizeipräsidium sichergestellt hatte, ist es ihr jetzt gelungen, die Mordtat in vollem Umfange aufzuklären und die Täter festzustellen. Die Täter sind:**

1. Techow, Ernst Werner, 21 Jahre alt, in Berlin geboren und zuletzt in Berlin wohnhaft, 1,78 Meter groß, dunkelblondes, gescheiteltes Haar, voller Mund, bartlos, rundes Kinn, gesunde frische gebräunte Gesichtsfarbe, schlanke Gestalt. — Kleidung: grauer Jackettanzug, langes Beinkleid, weicher dunkler Filzhut.

2. Fischer, auch Vogel genannt, Spitzname Pechvogel, Hermann, früherer Aufenthaltsort Flöha (Sachsen), auch Chemnitz, nicht älter als 25 Jahre, 1,75 bis 1,78 Meter groß, hellblond, hohe Stirn, braune Augen, Hakennase, spitzer Mund, bartlos, blasses, schmales, aber gesundes Gesicht, schlanke Gestalt, sächsische Mundart. — Kleidung: blauer zweireihiger Sackanzug, gelbe Halbschuhe, gelber Regenmantel, weicher Halskragen, lange Krawatte.

3. Knauer, auch Körner und Kern genannt, gleichfalls nicht älter als 25 Jahre, 1,73 bis 1,75 Meter groß, hellblond, hohe Stirn, blaue Augen, Sattelnase, bartlos, spitzes Kinn, breites Gesicht, gebräunte gesunde Gesichtsfarbe, kräftige breitschultrige Gestalt, mecklenburger Dialekt. — Kleidung: Blauer, zweireihiger Sackanzug, schwarze Stiefel, weicher Stehkragen, kleine schwarze Krawatte, Filzhut.

Die drei Genannten gehören der Organisation C an und waren früher Angehörige der Brigade Ehrhardt. Der zu 3. genannte Knauer-Körner-Kern war während des Kapp-Putsches bei der sogenannten Staatswache der damaligen Kappschen Reichskanzlei tätig. Festgenommen sind die drei Täter bisher noch nicht. Sie haben sich aus Berlin entfernt. Da sie zur Zeit der Tat nicht über große Geldmittel verfügten (was polizeilich festgestellt ist) und auch keine Pässe besaßen, ist damit zu rechnen, daß die Täter sich im Inlande aufhalten. Techow ist am Sonntagabend mit dem D-Zug 8,35 Uhr nach Halle abgefahren. Die beiden anderen haben vermutlich am Dienstagmittag Berlin verlassen und sich nach Norden begeben. Eine Anzahl weiterer Personen, die der Mittäterschaft überführt sind, wurden von der Berliner politischen Polizei bereits festgenommen.

*

Es wiederholt sich das gleiche Spiel wie beim Mord an Erzberger. Die Täter sind ermittelt, ihre Namen sind bekannt, die Mörder selbst sind in Sicherheit! Techow ist am Sonntagabend mit dem Frankfurter D-Zug nach Halle gefahren, die anderen angeblich erst am Dienstag nach Norden. Nach Kahr-Bayern führen verschiedene Wege. Die Mordbuben haben angeblich keine Pässe und kein Geld. In Bayern werden sie beides sicherlich erhalten. Die Umwege, die die Mörder genommen haben, dienen sicherlich der Irreführung. Man kann in Halle umsteigen auf den Münchener D-Zug, der 20 Minuten später geht. Man kann auch über Frankfurt und auf anderen Umwegen nach Bayern gelangen. Erst in Bayern, dann sind die Mörder in Sicherheit, dann ist Horthy-Ungarn, das Mörderparadies der Konterrevolution, bald erreicht.

Nach besonderen Informationen, die uns zugegangen sind, stehen noch große Enthüllungen bevor. Bis jetzt sind außer den Namen der Täter noch keine Namen genannt, trotzdem diese zahlreiche Helfershelfer gehabt haben müssen, die ihnen große Geldsummen zur Verfügung stellten. Fest steht aber, daß diese Summen von bekannten Personen geleitet wurden. Die Fäden spinnen sich über Berlin bis nach Süddeutschland hinaus. Es ist deshalb notwendig, daß alle Genossen an der Verfolgung der Mörder nach den amtlichen Angaben teilnehmen!

Die Erregung der Arbeiterschaft

Berlin, 29. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Meldungen aus dem Reiche besagen, daß die Wut der Arbeiter aus Anlaß der Rathenau-Ermordung keine Grenzen kennt. **In Löbau i. Sa., Darmstadt, Karlsruhe und Nürnberg** ist es zu **schweren Zusammenstößen** gekommen. In **Kiel** mußte Prinz Heinrich auf seiner Yacht die kaiserliche Mörderfahne streichen.

Hamburg, 28. Juni. In **Elmhorn** kam es gestern nach Beendigung der Demonstration aus Anlaß des Mordes an Rathenau, an der etwa 3000 Personen teilnahmen, zu mehreren Zwischenfällen. Einige junge Leute, die **durch das Verhalten einer Anzahl Schüler herausgefordert** worden sein sollen, drangen in die Bismarckschule und in das Lyzeum ein, rissen dort die **Bilder von Heerführern** und andere Gemälde von den Wänden, verrichteten sie und warfen sie aus dem Fenster. Aus dem Lyzeum wurden ferner **zwei schwarz-weiß-rote Fahnen herausgeholt und zerrissen.** Teilnehmer an dem Demonstrationszuge drangen auch in das Projektkontor des Verlegers der „Helmshorner Nachrichten" ein. Sie verlangten ebenfalls die **Herausgabe von Kaiserbildern, die zerrissen und auf die Straße geworfen wurden. Außerdem wurde das Personal einiger Banken gezwungen, die Geschäftsräume zu verlassen. Geschäftsinhaber wurden veranlaßt, ihre Geschäfte zu schließen.**

In **Hamburg** erzwang der Stadtrat noch vom Tage der Bestattung Rathenaus die Umtaufe verschiedener monarchistischer Straßen in **Rathenau-Allee, Friedensstraße, Einstein- und Erzbergerplatz.**

Frankfurt a. M., 28. Juni. Der „Frankfurter Zeitung" zufolge besetzten heute früh Ausständige die Fabrikeingänge der wegen des Streiks der Techniker und Werkmeister stillgelegten Adlerwerke und nahmen eine drohende Haltung an. Der kaufmännische Direktor Wiegand flüchtete mit seinen Kollegen über einen Bretterzaun, er erlitt hierbei einen Herzschlag und brach tot zusammen.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus **Heidelberg** meldet, ereignete sich dort gestern nachmittag **ein ernster Zwischenfall,** als der Nobelpreisträger, Geheimrat Lenard, gegen die Anordnung des Rektors im Radiologischen Institut der Universität seine Vorlesung hielt. **Andrängende Arbeitermassen wurden aus Hydranten bespritzt und von Studenten mit Steinen beworfen.** Als Geheimrat Lenard nebst einigen Studenten verhaftet war, drängten ihnen die Arbeitermassen über die Neuenheimer Brücke nach und **drohten, sie in den Neckar zu werfen.** Die Verhafteten wurden in das Gewerkschaftshaus und dann in das Gerichtsgefängnis gebracht. Erst gegen 10 Uhr abends verliefen sich die Massen vor dem Gefängnistor.

Brotpreis 40 Mark

Bürgerliche Einheitsfront für Erweiterung des Brotwuchers

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags wurde gestern der Gesetzentwurf zur Getreideumlage in der zweiten Lesung angenommen. Die Umlage soll 2,5 Millionen Tonnen und der Uebernahmepreis für das erste halbe Jahr für Weizen 8800 Mk., für Roggen 8000 Mk. betragen. Bei diesen Getreidepreisen kostet das Brot ab 15. August etwa 40 Mk.

Für diese hohen Preise, für diese neue unerhörte Auswucherung der Arbeiterschaft haben sich alle bürgerlichen Parteien zusammengefunden. Sie alle sind sich **einig,** wenn es darum geht, die **Verelendung und Aushungerung** der Arbeiter weiter fortzuführen und dem Kapital Profite zuzuschieben. Das Umlagegesetz wird in wenigen Tagen im Reichstag zur Verhandlung kommen. Keine Partei, die tatsächlich Arbeiterinteressen vertritt, kann diesem Gesetz die Zustimmung erteilen. Keine Arbeiterpartei kann es verantworten, daß dieses Gesetz tatsächlich durchgeführt wird und die Arbeiterschaft mit Lasten beschwert, die sie nicht tragen kann. Sowohl SPD. wie USPD., von deren Stellung Annahme oder Ablehnung abhängt, werden im Reichstag zu zeigen haben, ob sie wirklich die Arbeiterinteressen vertreten und bereit sind, gegen die politischen und wirtschaftlichen Pläne der Reaktion, gegen die Ausbeutung und Aushungerung durch das Kapital Stellung zu nehmen oder nicht. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat bisher **nicht** in unzweideutiger Weise zum Brotwucher Stellung genommen. Sie wird sich bald, schon in wenigen Stunden entscheiden müssen, ob sie ihre anonyme Koalitionspolitik weiter betreiben will oder ob sie die nackten Existenzinteressen der Arbeiterschaft vertritt. **Dieser Schandentwurf darf nicht Gesetz werden.** Der Einheitsfront der bürgerlichen Parteien muß die **Einheitsfront der Arbeiterschaft** entgegengestellt werden, dem Wucher die Forderungen der Arbeiterschaft.

Die Forderungen, an denen die Arbeiterschaft nicht rütteln lassen darf und bei welchen es kein Kompromiß und keinen Kuhhandel gibt, müssen sein und bleiben: **eine Umlage in ausreichender Höhe,** mindestens 4,5 Millionen Tonnen Getreide, **keinen Pfennig Preiserhöhung, Anbau- und Dingungszwang, entschädigungslose Enteignung** schlecht- oder nichtbebauten Bodens, **Zwangsablieferung der gesamten Kartoffelernte, Zuckerzwangswirtschaft.** Für diese Mindestforderungen müssen die Organisationen der Arbeiterschaft, die Parteien und Gewerkschaften, mit allen Mitteln kämpfen und den Kampf sofort beginnen, wenn es nicht zu spät sein soll.

Der erste Schritt zur Amnestie

Verhaftung des Genossen Heinz Neumann!

„Genosse Heinz Neumann, politischer Redakteur der „Roten Fahne", ist heute früh von der Berliner Polizei verhaftet worden. Er war, nicht im Vertrauen auf das Amnestieversprechen Radbruchs, sondern im Vertrauen auf das freie Geleit, das ihm gestern das Reichsgericht zugesichert hatte, nach Berlin zurückgekehrt. Prompt verhaftet ihn die Polizei, für die die Anordnungen des Reichsgerichts nicht zu existieren scheinen.

Die Verhaftung ist ein Vorgeschmack von dem, was den Kommunisten bevorsteht, wenn die Ausnahmeverordnung, wenn der Schutz der Republik gegen rechts von den famosen Kriminalkommissaren der Abteilung Ia durchgeführt wird, von denen trotz aller Dementis ihres Herrn Weiß feststeht, daß **sie Verbindungsmänner der Orgesch** sind.

Wir fragen Herrn **Radbruch,** ob er sein feierlich auf der Reichstagstribüne abgegebenes **Amnestieversprechen** durch die Verhaftung eines Kommunisten einlösen will?

Wir fragen Herrn **Severing,** was er gegen die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums zu tun gedenkt, das gegen die Anordnung des Reichsgerichts einen Kommunisten verhaftet, nur weil er Kommunist ist?

Das Berliner Abkommen

In Millionen ist das deutsche Proletariat am Dienstag im ganzen Reiche aufmarschiert, um seinen Willen und seine Entschlossenheit zu bekunden, daß nunmehr auf alle Fälle dem Treiben der Mordreaktion ein Ende gesetzt werden muß. Unter dem Drucke dieser gewaltigen Kundgebungen haben endlich der ADGB., die Afa und die Führer der drei Arbeiterparteien **„zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeiterschaft"** ein Abkommen getroffen, das als Plattform einer gemeinsamen Aktion dienen soll.

Die Plattform ist ein Mindestprogramm. Wir Kommunisten haben weitergehende Forderungen für notwendig gehalten und in den Verhandlungen entsprechende Anträge gestellt. Uns fehlt, neben den dringendsten wirtschaftlich-politischen Maßnahmen zur Linderung des unerträglichen Steuerdrucks, und der entsetzlichen Teuerung, zur Sicherung des Achtstundentages, vor allem die Forderung nach der Arbeiterwehr und Kontrollorganen der Arbeiterschaft zur Verwirklichung des Schutzgesetzes und zur Ueberwachung seiner Anwendung. Solange die gegenrevolutionären Beamten noch regieren, solange die monarchistischen Richter noch im Amte sind — und sie werden noch lange da sein, selbst wenn wider alles Erwarten mit der Säuberung der Bureaukratie und der Justiz von heute begonnen würde — solange muß die Arbeiterschaft durch ihre auf Betriebsrätekongressen frei gewählten Organe über das Gesetz wachen, wenn sie nicht will, daß es sich gegen sie wendet, wie das schon wieder bei der Ausnahmeverordnung beginnt. Das Fehlen der Kontrollorgane der Arbeiterschaft scheint uns die schwerste Lücke des Abkommens zu sein. Und wir werden alles daran setzen, daß sie bald ausgefüllt wird.

Manche der Forderungen sind unklar: Das Verlangen nach einer Reichskriminalpolizei. Wenn es sich auch gegen den in Bayern polizeilich organisierten Mörderschutz richtet, so besteht gerade bei diesem Punkte — eben infolge des Mangels von Kontrollorganen der Arbeiterschaft — die Gefahr, daß diese Polizei in eine Waffe gegen das revolutionäre Proletariat sich verwandelt. Hier muß nicht nur durch eine klare Formulierung, sondern vor allem durch den stets lebendigen Kampfwillen des Proletariats dem Gesetz ein solcher Inhalt gegeben werden, daß es nur die Gegenrevolution trifft.

Diese Mängel sind große und schwere Bedenken für die Kommunistische Partei. Wenn sie trotzdem das Abkommen unterzeichnet hat, so deshalb, weil es auch sehr wichtige Forderungen der Arbeiterschaft enthält: neben der Unterdrückung aller monarchistischen Organisationen und Propaganda, der Säuberung der Justiz und Verwaltung, vor allem die Amnestie. Die Amnestie muß in kürzester Frist durchgesetzt werden, damit die revolutionären Kämpfer des Proletariats endlich aus den Zuchthäusern und Gefängnissen befreit werden, in die Sonder- und Klassengerichte sie geworfen haben. Die Kommunistische Partei, die ganze Arbeiterschaft, wird nicht zulassen, daß auch nur ein einziger Kämpfer des Proletariats unter dem billigen Vorwand des gemeinen Verbrechens gefangen bleibt. **Die Probe aufs Exempel ist Max Hölz.**

Das Abkommen mit seinen Fehlern und seinen Vorzügen liegt vor der Arbeiterschaft Deutschlands: **ein Stück Papier, mehr noch nicht.** Und auf die allein entscheidende Frage, wodurch seine Durchführung garantiert sei, antworten wir Kommunisten ganz offen: **heute noch durch nichts!** Ja, wir sind, bekehrt durch die vergangenen Taten der Mitunterzeichner, durch das Schicksal des Bielefelder Abkommens, voll der stärksten Zweifel, ob sie ihre Unterschrift je einlösen werden. Sind SPD. und ADGB. nur mit Mißtrauen in die Verhandlungen mit den Kommunisten gegangen: unser Mißtrauen gegen sie war und ist noch viel größer.

Die Frage ist jetzt: **Wie sind die Forderungen durchzusetzen?** Die Macht dazu haben die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und die politischen Parteien; das haben die machtvollen Demonstrationen und der spontane Ausbruch des Unwillens des Proletariats in Darmstadt, Karlsruhe, Heidelberg und anderen Städten bewiesen! Sind aber, **das ist die Frage,** der ADGB., die Afa und vor allem die SPD. und USPD. bereit, die Macht der Organisationen voll und ganz einzusetzen, um die Forderungen durchzusetzen? Dabei muß sich die Arbeiterschaft klar darüber werden, daß es sich nicht allein um die politischen Forderungen, die im Berliner Abkommen festgelegt sind, handeln kann. Das Proletariat ist nicht allein von politischen Gefahren bedroht, wirtschaftlich sind sie noch viel größer! Der Vorstoß der Mordreaktion, der Mord an Rathenau hat ja überhaupt einen wirtschaftlichen Untergrund. Der Ermordung Rathenaus war die Ankündigung des Proletariats, Ermordung Rathenaus war die Ankündigung des Kapitals, tariats und keinesfalls auch **teilweise** auf Kosten eines Teiles der Bourgeoisie gestatten werde. Die ganze Wucht der wirtschaftlichen **Folgen des Krieges soll das Proletariat treffen!** Das politische und das wirtschaftliche Problem läßt sich also gar nicht voneinander trennen. Und es ist vorauszusagen, daß sich weder das Zentrum noch die Demokraten als Vertretung bürgerlichen Interessen bereitfinden werden, ohne Widerstand die Forderungen des Berliner Abkommens Gesetz werden zu lassen, durch das dem Bürgertum politische Machtpositionen entrissen werden.

Das Berliner Abkommen muß deshalb gegen das Bürgertum durchgesetzt werden, und es ist deshalb dringend nötig, daß sich die Organisationen des Proletariats vollkommen lösen vom Bürgertum. **Schluß mit der Koalition, Schluß mit der Arbeitsgemein-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220629-13/fragment/page=0001

schaftspolitik — das ist das Gebot der Stunde! Mit Monarchisten in der preußischen Regierung, mit der ewigen Rücksicht auf die Interessen der Stinnespartei in der Politik des Reichs läßt sich das Berliner Abkommen nicht durchführen.

Wirtschaftlich wachsen die Gefahren für das Proletariat ins Riesenhafte. Die Geldenwertung und damit die Teuerung schreitet fort. Der Dollar stand gestern auf 358⅝. In der Frage der Getreide-Umlage läßt sich ein Einverständnis mit den bürgerlichen Koalitionsparteien, so wie es das Interesse des Proletariats unbedingt erfordert, nicht erzielen. Zentrum und Demokraten sind den Brotwucherern auf Gedeih und Verderb verbunden. Im preußischen Landtag haben sie sich auf die sofortige Aufhebung der Umlage und völlige Wiederherstellung der freien Wirtschaft festgelegt. Für Anbau- und Düngungszwang sind sie nicht zu haben; noch viel weniger für eine Erhöhung der Umlage. Auch gestern haben deshalb die Verhandlungen über das Umlageverfahren zu keinem Ergebnis geführt. Von den verbrecherischen Wuchergelüsten der Bürgerlichen bis zu den Demokraten scheiterten alle Verbesserungsvorschläge. So ist beschlossen worden, daß das Brot 40 Mk. kosten soll.

Selbst der „Vorwärts" muß zugeben, daß in der Frage der Getreideumlage kein Einverständnis mehr zu erzielen und eine Auflösung des Reichstags unvermeidlich sein werde. Und die „Vossische Zeitung" schreibt in diesem Zusammenhange, daß man auch **wegen des Gesetzes zum Schutze der Republik mit einer Reichstagsauflösung werde rechnen müssen**, da es fraglich sei, ob sich eine Zweidrittelmehrheit für das Gesetz finden werde.

Warum also noch lange zögern? Bruch mit der Koalition! Den Kampf für den Schutz der Republik und die Fortentwicklung der Revolution, gegen die Teuerung, den Brot- und Lebensmittelwucher, für die Erfassung der Sachwerte auf der ganzen Front einig und geschlossen aufgenommen, das ist zweifellos heute der Wille des gesamten Proletariats! Die Erregung im Proletariat ist groß. Sie wird sich nach den Ereignissen der letzten Tage nicht wieder legen. Die Berliner Betriebsrätezentrale faßte den Beschluß, die drei Arbeiterparteien, den ADGB. und den Afabund zu verpflichten, bei jedem Zögern der jetzigen Regierung eine **Arbeiterregierung** zu bilden und die **hieraus zu führenden Wahlen** gemeinschaftlich zu führen. Der Rücktritt der Regierung ist evtl. zu erzwingen.

Die Berliner Betriebsräte waren sich bei der Fassung dieses Beschlusses klar, daß nur eine **Arbeiterregierung**, die sich auf Massenbewegungen stüützt, die Forderungen durchführen kann. Bringen wir also die Massen in Bewegung. Reichstagsauflösung, Neuwahlen, die Arbeiterregierung geschafft und sie getragen durch den Massenwillen — wir Kommunisten sind zu allem bereit!

Geschlossene Kampffront

Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft

Wir veröffentlichen heute die Kundgebung der Spitzenorganisationen im Wortlaut:

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses sich mit dem Vorstand des Afa-Bundes und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt. In gemeinschaftlichen Beratungen sind von den Unterzeichneten die folgenden Forderungen beschlossen worden:

An die Reichsregierung und den Reichstag!

Das Gesetz zum Schutz der Republik muß enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung **jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation** in Wort, Bild und Schrift. **Bestrafung** auch derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie verherrlichen, belohnen oder begünstigen.

Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.

Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben. Sofortige Beseitigung aller monarchistischen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten.

Bestrafung jedes Angriffs in Tat, Wort oder Schrift auf die republikanischen Farben und Fahnen.

Strenge Vorschriften **zur Säuberung der Regierungsstellen und Behörden**, einschließlich der **Gerichte** und der **Reichswehr**, von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen, Aufhebung derjenigen Rechte, die dieser Säuberung entgegenstehen.

Verbot des **Waffentragens** außerhalb des Dienstes.

Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere.

Untersagung weiterer Ernennung von Reserveoffizieren.

Einsetzung eines **außerordentlichen Gerichtshofes** in Berlin, dessen Kammern aus je einem Richter und sechs Laienbeisitzern bestehen, die vom Reichspräsidenten zu ernennen sind.

Uebertragung der Anklageerhebung an einen vom Reichsjustizminister zu ernennenden republikanischen **Reichskommissar.**

Schaffung einer Reichsexekutive, insbesondere einer Reichskriminalpolizei.

Vorschriften zur **Erleichterung der Verhaftung** und Anordnung sofortiger Verhaftung solcher Personen, die gegen Gesetze zum Schutze der Republik verstoßen.

Bestimmungen über **Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens der Verurteilten** sowie über Entziehung von Pensionen und Bezügen.

Die **Geltungsdauer** ist zunächst auf mindestens zwei Jahre festzusetzen. Vom Reichstag erwarten wir, daß er dieses Gesetz in kürzester Frist verabschiedet und nicht früher auseinandergeht, **bis es in Kraft getreten ist.**

Unabhängig hiervon fordern wir:

Sofortige Amnestie

vom Reiche und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen haben. Amnestie auch für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen, Einstellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren. Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.

Von den Gewerkschaftsmitgliedern und den gesamten Arbeitnehmern Deutschlands

verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin, festen Willen und Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens, sobald wir sie dazu aufrufen.

Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes, die uns wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen Republik zugesichert haben, fordern wir jetzt eine starke Einwirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Entente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt.

An alle republikanisch gesinnten Organisationen

richten wir die Aufforderung, sich unseren Forderungen anzuschließen und auch ihre Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

Zur Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen und die Mitwirkung der gesamten Arbeitnehmerschaft sind die beiden Bundesausschüsse des ADGB. und des Afa-Bundes noch für diese Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Berlin, 27. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
Leipart. Graßmann.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund:
Aufhäuser. Urban. Stehr.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Müller. Braun.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Crispien. Dittmann.

Kommunistische Partei Deutschlands:
Meyer. Koenen.

An alle Ortsgruppen der politischen und gewerkschaftl. Arbeiterorganisationen

Auf Grund der Maßnahmen der Reichs- und Staatsregierung gegenüber dem **verbrecherischen Treiben der Reaktion** haben die politischen Vertreter der Arbeiterklasse gemeinsam mit den Vertretern der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer beschlossen, **eine gemeinsame Front zu bilden, um mit Hilfe der Arbeiterschaft die Reaktion niederzuschlagen.**

Zu diesem Zweck haben die genannten Bezirksorganisationen einen

Aktionsausschuß

gebildet, bestehend aus den Vertretern der drei Arbeiterparteien und den Bezirksorganisationen der freien Gewerkschaften, der die Aufgabe hat, alle Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen, die sich aus der Abwehr der konterrevolutionären Vorstöße ergeben.

Wir rufen daher **alle örtlichen Organisationen auf, sofort Ortsausschüsse in diesem Sinne und in derselben Zusammensetzung zu bilden und dann sofort die Verbindung mit dem Bezirksaktionsausschuß aufzunehmen** und alle Bewegungen der Konterrevolution, gleichviel welcher Art, unverzüglich dem Bezirksausschuß zu melden.

Die Arbeit dieser Ausschüsse basiert auf den **Forderungen der Zentralinstanzen** (ADGB., Afa, KPD., USPD. und SPD.), welche in der gemeinsamen Sitzung vom 27. Juni d. J. in Berlin beschlossen worden sind.

Die Bezirksleitungen der KPD., USPD., SPD. und das Bezirkskartell der Gewerkschaften, Ortskartell Afa.

Als erste Maßnahme schlägt der Bezirksaktionsausschuß vor, **alle bürgerlichen Zeitungen, die sich an der systematischen Hetze gegen die Republik und deren Führer beteiligen, aufs schärfste zu boykottieren.**

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Schützt Eure Rechte gegenüber dem Klassenfeind! Sorgt für strengste Durchführung der vom Aktionsausschuß gefaßten Beschlüsse.

Der Aktionsausschuß

Die bayrische Reaktion trumpft auf

Die bayerische Regierung hat sich noch nicht um die Verordnungen zum Schutz der Republik geschert. Es versteht sich von selbst, daß die Bayerische Volkspartei (Stinnesrichtung) und die Mittelpartei (Deutschnationale) als offizielle und inoffizielle Regierungspartei in Bayern interpellieren und Abänderung der Verordnung im Sinne der Reaktion verlangen. Graf Lerchenfeld hat im Landtag diese Interpellation wie folgt beantwortet:

„Die bayerische Regierung hat sich sofort auf die Nachricht von der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau an die Reichsregierung mit dem Ersuchen gewandt, keinerlei Verordnungen ohne Verständigung mit den Länderregierungen zu erlassen, und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß sie für Bayern keinen Anlaß zu außerordentlichen Maßnahmen, namentlich nicht zur Herstellung eines Ausnahmezustandes sehe, daß vielmehr Ausnahmevorschriften, vom Standpunkt der bayrischen Regierung aus betrachtet, eine abträgliche Wirkung haben würden."

Die Reichsregierung wußte also vorher, daß die bayerische Regierung nicht einen Finger zur Unschädlichmachung der konterrevolutionären Organisationen rühren werde, ja, daß sie sich einem Einschreiten des Reichs über ihren Kopf hinweg ebenso entschieden oder noch entschiedener widersetzen werde, wie vergangenen Herbst. Und die Reichsregierung hat sich gefügt. Der Dank dafür ist, daß Lerchenfeld nach einem höhnischen Lob, in dem er über die Nachgiebigkeit der Reichsregierung quittierte, erklärt, daß auch die bayerische Regierung „mit dem Inhalt der Hauptverordnung sich nicht einverstanden erklären könne". Von den sechs dafür angeführten Gründen sind die wesentlichen, daß die Vorschriften über den Staatsgerichtshof einen schweren Eingriff in die Justiz- und Polizeihoheit der Länder darstelle, desgleichen die starke Ausdehnung des Begnadigungsrechts des Reichspräsidenten, die mit der Einrichtung des Staatsgerichtshofs verbunden sei, und daß das Strafmindestmaß von drei Monaten zu hoch gegriffen sei.

Die Sachlage ist also klar. Hat die bayerische Regierung die Verordnung des Reichspräsidenten halb und halb geduldet in der Ueberzeugung, daß sie in Bayern nie in Wirksamkeit treten werde, so wird sie dem Gesetz zum Schutze der Republik und der Grundrechte der Arbeiterschaft, wie die Gewerkschaften und Arbeiterparteien es kategorisch verlangen, den entschiedensten Widerstand entgegensetzen.

Der Stinnesminister provoziert

Landtagssitzung vom 28. Juni 1922.

Ausgerechnet jetzt, da die Reinigung der Behörden von allen konterrevolutionären Elementen als wichtigste Forderung zum Schutz der Republik von der Gesamtarbeiterschaft vertreten wird, legt die **preußische Regierung dem Landtag ein Gesetz vor,** dessen Inkraftsetzung auf eine **Begünstigung der reaktionären Beamten** hinausläuft. Es handelt sich um ein von der bürgerlichen Mehrheit des Staatsrats beschlossenes Gesetz, in dem verlangt wird, daß das im Jahre 1920 auf Drängen der republikanischen Parteien beschlossene **Ueberalterungsgesetz** zur Reinigung der Bureaukratie auf mindest zwei Jahre außer Kraft gesetzt werden soll.

Genosse Knoth zeigt in kurzer Rede das Unerhörte der Regierungszumutung auf.

Da außer den drei Arbeiterparteien auch die Demokraten die Zumutung des Staatsrate sund der Regierung ablehnten, ereilt dem Gesetzentwurf das verdiente Schicksal.

Bei Gelegenheit der fortgesetzten Debatte über den Etat des Finanzministeriums nahm Dr. von Richter das Wort, um den Landtag zwei Tage nach der Proklamierung durchgreifender Reformen zum Schutz der Republik vor **„einer allzuweitgehenden Politisierung des Beamtentums" zu warnen,** und um eine **„beide Teile befriedigende Vereinbarung zwischen der Republik und den Hohenzollern als erstrebenswertes Ziel"** zu bezeichnen. Die zahlreichen, sehr deutlichen Zurufe werden dem frechen Volksparteiler gezeigt haben, daß er zuerst samt seinem Stinnesfreund Boelitz **aus der Regierung zu verschwinden habe,** wenn die proklamierte Reinigung in den Amtsstuben beginnt.

Obwohl der Rechtssozialist Lüdemann sich sehr scharf gegen seinen Amtsnachfolger im Finanzministerium wendet, bezeichnet weder er noch der SPD.-Mann Heilmann den Finanzminister als Schwindler, als dieser ausführt, er stimme in bezug auf die Beamentpolitik mit den Sozialdemokraten im Kabinett überein, **insbesondere habe Severing schwere Sorgen um den Nachwuchs in der preußischen Verwaltung, weil nicht genug Referendare zur Verfügung ständen.** Auch der rechtssozialistische Abgeordnete König (Swinemünde) weist die Rede Richters als Provokation zurück, unternimmt aber keine Verteidigung seines Parteigenossen Severing. Severing wird sich also wohl selbst zu der Sache äußern müssen.

Das aufsehenerregende Dokument, das Genosse Katz in seiner Rede am vorigen Freitag mitgeteilt hatte, und aus dem hervorging, wie im preußischen Finanzministerium auf eine **Begünstigung der Hohenzollern** hingearbeitet wird, tat von Richter einfach mit der Bemerkung ab, es sei ihm erst am Dienstag bekannt geworden.

Beim Etat des Landtags trat Genosse Rogg für bessere Besoldung der unteren Beamten und Angestellten ein, sowie für die Ersparnisse der Ausgaben für das Automobil des Präsidenten.

Der Gesetzentwurf betreffend Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und des Präsidenten des **Staatsrats** fand in der Ausschußfassung Annahme. Auch die Sozialdemokraten stimmten dafür! Sie finanzieren also das anmaßende Parlament, das sie noch jüngst in ihren Reden selbst für überflüssig und in die demokratische Republik nicht hineinpassend hielten. Genosse Kilian führte aus, der Staatsrat gehöre zu den Dingen, zu denen die kommunistische Fraktion unabänderlich in schärffster Gegnerschaft stände. Deshalb müsse sie den Gesetzentwurf ablehnen.

Die Verhandlungen wurden dann auf Montag, den 3. Juli, vertagt.

Der Kampftrupp der Organisation Ehrhardt

Leiter der kürzlich freigesprochene (!) Oberlt. Killinger

Das Wesen der bewaffneten Reaktion zu verstehen, wird besonders erschwert, weil sie sich unter hundert Namen und Formen verbirgt. Aber überall kehrt wieder der Kampf für die Monarchie, der Kampf gegen die Republik und die straffe militärische Disziplin. Der folgende Auszug aus den Satzungen **der berüchtigten O. C. (Kampftruppe der Organisation Ehrhardt),** wird dies deutlich beweisen:

Die O. C. ist über ganz Deutschland verteilt und zerfällt in Bezirke. Ueber die militärische Organisation wird (mit der Vorschrift „streng geheim, Abschrift verboten, nur für die Vertrauensleute persönlich bestimmt") gesagt:

Die militärische Organisation.

Zweck:

1. **Erhaltung einer zuverlässigen Truppe in Brigadestärke,** die eingesetzt werden kann bei roten Aufständen, bei außenpolitischen Verwickelungen.
2. **Teilaktionen, mit oder ohne Wissen der Regierung, wenn es die nationalen Interessen erfordern.**
3. **Lokale Stoßtrupps zur Zersprengung „antinationaler" Veranstaltungen.**
4. **Erhaltung der Wehrfähigkeit und Erziehung der Jugend zum Waffengebrauch.**

Richtlinien:

1. **Schaffung einer Nationalarmee.** Dazu Grundlage durch Zusammenschluß nationaler Männer jeder Volksklasse.
2. **Ziele dieser Armee:**
   a) **Wir wollen offensiv sein und aktuelle Ziele haben. Diese Ziele sind Kampf mit jedem Mittel gegen alle Elemente, die auf internationalem Boden stehen. Dazu gehören in erster Linie die Linksradikalen, die Sozialdemokratie, die Juden** wie die Demokraten, vor allem der Richtung des „Berliner Tageblattes" und der „Frankfurter Zeitung".
   b) **Schaffung einer Truppe,** die bei unerwarteten außenpolitischen Ereignissen sich einer **nationalen** Regierung zur Verfügung stellt.
   c) Anspannung von Kräften zur **Erfindung neuer Kampfmittel,** da wir mit den bisherigen unterlegen sind und bleiben. Der deutsche Erfindungsgeist in der Jugend muß mobil gemacht werden. Es muß etwas Unwiderstehliches sein, z. B. elektrische Fernwirkung auf Explosivstoffe.

Werbungen:

Aus den Erläuterungen: **Die Führung und der Stab der Truppe arbeitet in Permanenz.** Es dürfen nur Männer in die Truppe, die entschlossen sind, keinerlei Hemmungen irgendwelcher Art in sich tragen und bedingungslos gehorchen, die **brutal** genug sind, rücksichtslos einzugreifen, wo sie eingesetzt sind. **Als Unterführer kommen nur Offizere in Frage, die Kriegserfahrung und Erfahrung im Bürgerkrieg haben, vor allem,** die eine Haupterfahrung beherzigen: **Kein Verhandeln, sondern schießen und rücksichtslos befehlen. Waffen und Munition sind in genügender Zahl vorhanden.** Reisekosten, Verpflegung und Löhnung werden ersetzt.

Wie Attentate vorbereitet werden.

Diejenigen, denen ihre Tätigkeit jederzeit ein Abkommen gestattet, sind listenmäßig besonders zu führen. Es können Fälle eintreten, wo entschlossene Männer vorübergehend gebraucht werden. Als solche Fälle werden angeführt: **Rädelsführern und Hetzern ihr Handwerk für alle Zukunft unauffällig zu legen. Rädelsführer und Hetzer bei Skandalen beiseite zu schaffen: man ermordet diese „Hunde" durch Schuß oder Gift; jedes Mittel ist recht.** Das gilt auch für außenpolitische Verwickelungen.

Wie organisiert wird.

Bildung von Schützen-, Jagd-, Sport- oder sonstigen Vereinen sind die beste Firma, um die jungen Männer die einfachsten Uebungen machen zu lassen, wie sie die Soldaten brauchen. Dazu gehören die Erlernung der Grundzüge der **Schießübungen,** die Handhabung des **Gewehres 98** und der **Parabellumpistole** sowie einfachste Kenntnis vom **leichten und schweren Maschinengewehr.** Dieser Zweig unserer Organisation muß in erster Linie berücksichtigt werden. Usw. usw.

Und alle diese Dinge weiß die Reichsregierung und alle diese Dinge kennt die Landesregierung, weiß der Unabhängige Lipinski in Sachsen, kennt der Sozialdemokrat Severing. Und was ist geschehen, um durchzugreifen und endgültig mit diesen Mordbuben Schluß zu machen? Nichts! Und nichts wird geschehen, wenn nicht die Arbeiterschaft einig und geschlossen die Durchführung erzwingt.

„Belehrung" der Monarchisten statt Säuberung

Der Vorstand der deutschen demokratischen Partei hat vorgestern im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus eine Kundgebung beschlossen, die auf die Notwendigkeit und die praktischen Wege zur Stärkung des demokratisch-republikanischen Gedankens hinweist. Das Beamtendisziplinarrecht solle so geordnet werden, daß offene und geheime Gegner der Republik schnellstens darüber belehrt werden, daß man nicht Diener eines Staates sein kann und ihn gleichzeitig unterwühlen dürfe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220629-13/fragment/page=0002

Die Waffenschiebungen der Konterrevolution

Als im Jahre 1920 die große Entwaffnungsaktion kam, da war dies eine Entwaffnungsaktion gegen das Proletariat. Die Bourgeoisie behielt ihre Waffen. Keine von den reaktionären Freiwilligenformationen lieferte ihre Maschinengewehre, ihre Gewehre, ihre Munition ab, sie wurden in Ost- und Westpreußen, in Pommern und Mecklenburg, im Hannoverschen und in Schlesien auf den Gütern der Großagrarier versteckt. Und als die Einwohnerschaft und die Selbstschutzorganisationen aufgelöst wurden, da verschwanden diese Waffen genau so spurlos, wie ehedem die Waffen der Freiwilligenverbände plötzlich vor den Augen der Erfassungskommissare verschwanden.

Inzwischen sind aber die konterrevolutionären Vereinigungen wie Pilze aus der Erde geschossen. Waren es zur Zeit des Kapp-Putsches noch einige Dutzend, so gehen sie jetzt, wenn wir die Regimentsvereine und die jeweils unter einem anderen Namen fortexistierenden Einwohnerwehren hinzurechnen, in die Hunderte und Tausende. Und für diese riesenhafte Anzahl reichten die damals versteckten Waffen nicht aus. Aber da nun die Konterrevolution genau so gut weiß, daß heute Bürgerkriege nicht mit Spazierstöcken oder Mistgabeln geführt werden, sondern mit Maschinengewehren und Handgranaten, so mußte sie sich nach solchen Waffen umsehen.

Die Konterrevolution sah sich um. Es kam jene Periode, in der die Waffenfabriken Tag und Nacht „Pirschbüchsen und Jagdwaffen" herstellten, so viele, daß es heute schon eigentlich kein Häslein mehr im Walde geben würde. Aber jenen seltsamen „Pirschbüchsen", die aufs Haar einem Gewehr Modell 98 glichen, wurden für andere Jagdzwecke bereitgestellt, für die große Treibjagd auf die Republik. Und immer noch ist die Konterrevolution ganz bewaffnet. Denn sonst würden nicht immer wieder bei uns die Meldungen über Waffenschiebungen einlaufen. So ist einwandfrei festgestellt worden, daß von Grottkau nach Breslau regelmäßig in jeder Woche zwei- bis dreimal Waffen und Munition geliefert werden. Diese Transporte aber steht kein Mensch.

Des weiteren konnten wir an Hand der Korrespondenz eines Leutnant Trepke feststellen, daß sich sowohl in Neu-Ulm als auch in München zwei Verbindungsstellen für die Waffentransporte der Konterrevolution befunden haben oder auch noch befinden. Hier wurde großzügig gearbeitet. Die Leiter dieser Stellen waren mit riesigen Geldmitteln ausgestattet. An mehreren Stellen Süddeutschlands hatten sie die Riesenanten stehen, der Hauptlieferant war ein Augsburger Stahlwerk, dessen erstem Direktor der „Schlesische Adler" als Auszeichnung für seine Verdienste um die Konterrevolution verliehen wurde. Die Waffen und Munitionsmengen, die man in die Ulmer Gegend verschob, wurden per Bahn bis Neu-Ulm transportiert und dann per Auto nach den Verstecken. Auf den Frachtbriefen deklariert wurden die Sachen als Nägel, Spaten und Hämmer, dagegen war der Inhalt der Bahnwagen Infanterie-Munition, Gewehre und Maschinengewehre, ja selbst zwei Gebirgskanonen befanden sich unter den aufgeladenen Waffen. Und so rollten Tag für Tag ein bis zwei Waggons mit Waffen für die Konterrevolution durch Süddeutschland nach Norden.

Aber nicht nur in Schlesien und in Süddeutschland hat die Reaktion ihre Waffenlager, auch Thüringen ist nicht verschont geblieben. Als Organisator in diesen Gebieten fungierte ein Hauptmann v. Falkenberg, der bis zum Herbst 1920 bei der sächsischen Sipo war. Als seine Haupthelfershelfer waren tätig Hauptmann Hirz-Erfurt und Kaufmann Graul, ebenfalls aus Erfurt. Die Kriegsmaterialien wurden in Auftrag gegeben bei folgenden Firmen:

Pantherwerke, Erfurt,
Waffenfabrik Kirchner, Zella (Thür.)

Gelagert haben die Sachen bei der Firma Haupt in Erfurt. Neben diesen Sachen waren noch ungeheure Mengen Militärkochgeschirre, Brotbeutel, Feldflaschen, große Feldküchen, eine komplette Großfunkenstation, komplette Fernsprechstationen, Blinkgeräte, Sanitätswagen mit Sanitätsmaterial, Fernsprechermittlungsschränke usw. vorhanden. Als man diesen riesigen Kriegsmaterialschiebungen endlich auf die Spur kam, den Hauptmann verhaften wollte, da war er schon über alle Berge. Aber man fand in seiner Behausung die Verteilungspläne für das Kriegsmaterial. Folgende Namen waren aufgeführt:

Hauptmann Anger, Erfurt, Dalbergsweg 1.
Fabrikant Bohn, Erfurt, Goethestraße 39.
Major Breithaupt, Hohlheim, Cyriakstraße 24.
Gärtnereibesitzer Gekalle, Hochheim.
Gutsbesitzer Crinitz, Trebra bei Nordhausen.
Lehrer Ehnicke, Weißensee.
v. Falkenhagen, Bornhagen.
Gutsbesitzer Gräfe, Walschleben.
Kreisvogemeister Hammes, Weißenborn-Lüderode.
Rittergutsbesitzer v. Haustein, Heiligenstadt.
v. Marschall, Bollstedt.
Kreisrat Mayer, Worbis.
Major Prigge, Saalfeld.
Rittergutsbesitzer Römer, Bliedungen.
v. Seesbach, Cammerhorst.
v. Strauß, Naumburg, Burgstraße 4(
Technische Nothilfe, Erfurt.
Lehrer Waldheim, Schwerstedt.
Rechtsanwalt Wernick, Eisenach.
Major Wagner, Erfurt, Herderstraße 28.
Ziegenfuß, Dingelstedt.
Rittergutsbesitzer v. Goldacker-Weberstedt.
Freiherr v. Wangenheim, Erfurt.
Oberamtmann Lorenz, Weißenborn.
Rittergutsbesitzer Balzer, Silkerode.
Baron Freiherr v. Winnigerode, Silkerode.
Landwirt Wanel, Holungen.
Ingenieur Wenck, Großgottern.
Kaufmann Hack, Erfurt, und andere.

Und nun vergegenwärtige man sich die Situation: Unter denjenigen, die die gewaltigen Mengen Waffen, Munition und Kriegsgerät zugestellt bekommen, befinden sich Kreisräte, Oberamtmänner, Lehrer, also Beamte der preußischen Regierung! Dazu noch die offizielle Adresse der Technischen Nothilfe in Erfurt. Und da wagt man der Arbeiterschaft zu erzählen, die Technische Nothilfe sei unbewaffnet?

Wir können uns drehen und wenden wie wir wollen: **Die Konterrevolution ist bis an die Zähne bewaffnet.** Nach allen Ecken und Enden des Deutschen Reiches werden für sie die riesigen Mengen Kriegsmaterial geschafft, und keine Landesregierung macht dabei einen Finger krumm, um auch nur einmal die Waffennester aufzustöbern, geschweige denn zu beschlagnahmen und die Beherberger ins Gefängnis zu stecken. Arbeiter hat man wegen eines lumpigen Revolvers an die Wand gestellt! **Es waren ja nur Arbeiter ....**

Der Stand des Dollars

Der Wert der deutschen Mark betrug am Mittwochabend in Amerika 1,18 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 358,74 Mk., während der Dollar am Mittwoch an der Berliner Börse amtlich 350,06 Geldkurs notierte.

Die Vorstöße der wirtschaftlichen Reaktion

Reichstagssitzung vom 28. Juni 1922.

Ein Nachtrag zum Etat betreffs Erhöhung der Beamtenbezüge — der verhältnismäßige Teuerungszuschlag wird ab 1. Juli um 40 Prozent erhöht — wird in allen drei Lesungen angenommen. Ebenso eine Entschließung der Nationalbemokraten, die bei der nächsten Erhöhung der Teuerungszuschläge eine angemessene Erhöhung der sozialen Zulagen fordert. Das Gesetz über die Neuregelung der statistischen Gebühr findet debattelos Annahme. Die Novelle zum Biersteuergesetz wird dem Volkswirtschaftsausschuß überwiesen. Hieran schließt sich die zweite Lesung des Gesetzes über die

Arbeitszeit im Bergbau unter Tage

So hat der Ausschuß den ursprünglichen Titel „Gesetz über die Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken" abgeändert. Weiter hat der Ausschuß bestimmt, daß Ueberstunden vereinbart werden können. Als regelmäßige tägliche Arbeitszeit gilt die Schichtzeit, die sich aus den Tarifverträgen ergibt. Als erster Redner sprach hierzu

Genosse Stoecker

Das Gesetz ist ein Teil der allgemeinen Offensive des Kapitals gegen den Achtstundentag. Jetzt sucht man sogar auf Schleichwegen die Siebenstundenschicht abzuwürgen. Das Gesetz will die im Oktober 1921 tariflich vereinbarte Arbeitszeit gesetzlich festlegen. Das bedeutet in Oberschlesien die **7½-Stundenschicht und in zahlreichen Schächten sogar die achtstündige Schicht.** Wir fordern, daß mindestens jetzt die Siebenstundenschicht für den gesamten Bergbau unter Tage gesetzlich festgelegt werde, wobei wir **auf unserer Forderung der Sechsstundenschicht beharren.** Der Siebenstundentag muß Maximalarbeitstag bleiben. Deshalb fordern wir das gesetzliche **Verbot von Ueberschichten.** Desgleichen das Verbot der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren im Bergbau unter Tage. Die Schichtzeit bei Betriebspunkten mit über 25—30 Grad Celsius Wärme darf höchstens sechs Stunden, bei 31—34 Grad Celsius fünf Stunden und über 34 Grad Celsius nicht länger als vier Stunden betragen.

Das Gesetz ist eine offenkundige Täuschung der Bergarbeiter, um sie zum Verzichten von Ueberschichten zu veranlassen. Ueberschichtenleistung der Bergarbeiter verbietet sich aus sozialen und hygienischen Gründen. Es handelt sich um eine **ganz raffinierte Taktik des Grubenkapitals, um den Arbeitern noch niedrigere Löhne aufzuzwingen.** Der Reallohn der Bergarbeiter ist sogar niedriger als der zahlreicher anderer Arbeiterschichten. Dadurch die Abwanderung von Bergarbeitern in andere Berufe. Die derzeitige Erregung der Bergarbeiter beruht zum größten Teil auf ihren Hungerlöhnen. Dabei lassen sie sich durch Ueberschichten noch mehr ausmergeln lassen. Gegenüber dem interessierten Geschrei des Bürgertums, daß es den Bergarbeitern am rechten Willen zur Arbeit fehle, ist festzustellen, daß nirgend anderswo die Arbeiter so angetrieben und kujoniert werden wie im Bergbau. Wir fordern eine energische Grubenaufsichtskontrolle durch von den Bergarbeitern gewählte statistische Grubenkontrolleure.

Das Grubenkapital hat in den letzten Jahren ungeheure Gewinne gemacht. Es könnte also weit höhere Löhne zahlen. Wo bleibt die so oft angekündigte Sozialisierung des Bergbaues? Die Regierung ist nur ein ausführendes Organ des Kapitals. Die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital hat elend Schiffbruch erlitten. Wenn die Bergarbeiter ihre Lage bessern wollen, müssen sie geschlossen und energisch den Kampf aufnehmen. Wir fordern die Kameraden im Bergbau auf, **den Schiedsspruch abzulehnen, sich gegen Ueberschichten und gegen den Manteltarif zu wenden und höhere Lohnsätze zu verlangen.** Weigern sich die Unternehmer, so muß der Kampf aufgenommen werden. Wir rufen den Bergarbeitern zu: **Schluß mit der Arbeitsgemeinschaft und einheitlicher Kampf gegen das Grubenkapital!**

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns lehnte die kommunistischen Anträge ab. Der USPD.-Mann Pieper stimmte zwar einigen Forderungen der Kommunisten zu, erklärte jedoch, daß seine Partei für das Gesetz stimmen werde. Für den kommunistischen Antrag auf Siebenstundenschicht stimmten Unabhängige und Sozialdemokraten. Dagegen wurden alle anderen Anträge unserer Fraktion gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, und das Gesetz in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen. Hierauf folgte die zweite Lesung des

Arbeitsnachweisgesetzes

Der Stinnesmann Dr. Most berichtete für den Ausschuß. Für die Sozialdemokraten sprach Kaiser. Wir fordern die Monopolisierung der Arbeitsnachweise. Wir sind gegen jede gewerbsmäßige Stellenvermittlung.

Der Zentrumsmann Eiser erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu der verschandelten Ausschußvorlage.

Der USPD.-Mann Aufhäuser verwies auf die Reichskanzlererklärung über den ethischen Wert der Arbeiterorganisationen, die im schroffsten Gegensatz zu der Gesetzesvorlage stehe.

Der Deutschnationale Rieseberg und der Stinnesmann Most erklärten „trotz schwerer Bedenken" ihre Zustimmung zu dem Gesetz. Dasselbe taten der Demokrat Fick und der Bayerische Volksparteiler Schirmer. Hierauf kam zum Wort

Genosse Maltzahn

Das Arbeitsnachweisgesetz ist die erste Probe auf Exempel der Regierungserklärung in ihrem Kampfe gegen die Reaktion. Die Getreideumlage wird das nächste Exempel sein. Das Arbeitsnachweisgesetz ist der erste Stein am Bau des sog. neuen Arbeitsrechtes. Es ist gut, daß schon am Beginn die arbeiterfeindliche Tendenz des Arbeitsrechtes klar hervortritt. Redner vermißt auf das skandalöse Treiben des Unternehmertums in seinen Arbeitsnachweisen, mit seinem Terror und seinen schwarzen Listen hingewiesen. Die Unternehmernachweise waren Brutstätten für die Gelbhucht. Gegenüber dem demokratischen Redner muß auf die Gemeingefährlichkeit der gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung hingewiesen werden. Es handelt sich hier, abgesehen von der entwürdigenden Behandlung um eine wahre Ausplünderung der Aermsten der Armen durch Parasiten am Volkskörper. Die karitativen Nachweise der konfessionellen Vereine usw. sind genau so gefährlich. Sie sind Brutstätten der Lohndrückerei. **Wir fordern die Monopolisierung der Arbeitsvermittlung** durch öffentliche Arbeitsnachweise. Alle Sonder- und Privatnachweise müssen schnellstens verschwinden. Statt dessen hält das Gesetz die Anarchie auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung aufrecht. Es handelt sich beim Arbeitsnachweisgesetz um den Verkauf der Arbeitskraft, um die ureigensten Rechte der Arbeiter. Wie will man in einer solchen Angelegenheit den Unternehmern Parität zugestehen? Wo haben diese den Arbeitern jemals Parität zugestanden bei der Produktion und dem Absatz der von den Arbeitern erzeugten Waren, in der Geschäftsleitung, Aufsichtsräten usw.? Man denke hierbei nur an das Betriebsrätegesetz, das weiter nichts darstellt als eine leere Dekoration. Die Aufbringung der Kosten für die Arbeitsnachweisämter hat durch das Reich zu erfolgen, das diese auf dem Wege des Umlageverfahrens von den Unternehmern wieder bezahlen kann. Hinzu kommt die unerträgliche bureaukratische Knebelung der Arbeitsnachweise durch die verschiedenen Landes- und Reichsämter. Ueberall sollen die Landesbehörden bestimmen können. Und wie diese bestimmen, ist bekannt. Wir fordern demgegenüber, daß in den vorgesehenen Aemtern ausschließlich Arbeitnehmer die Beisitzer bilden. Die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeiter werden bei diesen Forderungen auf unserer Seite stehen. Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage in bezug auf die nichtgewerbsmäßigen Nachweise noch mehr verschandelt. Ebenso in bezug auf die gewerbsmäßige Stellenvermittlung, die erst mit dem Aussterben der heutigen Inhaber ihr Ende finden soll. **Das bedeutet die Unterstützung einer gemeinen Erpresser- und Räuberpolitik durch die Regierung.** Die nicht gewerbsmäßigen Nachweise sollen dem Kapital die Möglichkeit bieten, die öffentlichen Nachweise zu sabotieren und sie nachher als unfähig zu denunzieren. Warum läßt sich die Regierung die Verschandelung ihrer Vorlage im Ausschuß gefallen? Besonders nach dem Rathenaumord, wo sie so schöne Erklärungen abgegeben hat? Die deutschen Arbeiter haben ihre Meinung klar ausgesprochen. Der deutsche Gewerkschaftskongreß in Leipzig hat das Arbeitsnachweisgesetz in seiner jetzigen Fassung für unannehmbar erklärt. Wir erwarten, daß die sozialistischen Fraktionen des Reichstags sich nach diesem Beschluß richten werden.

Hiermit schließt die Debatte über § 1. Die Beratung wird abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr. Tagesordnung. Anfragen, Kapallovertrag, Getreideumlage, Arbeitsnachweisgesetz.

Die Hamborner Arbeiter für Bildung der Arbeiterregierung

Resolution:

Die heute am 25. Juni 1922 auf dem Neumarkt zu Hamborn von **den drei sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften einberufene Versammlung** erhebt auf das schärfste Protest gegen die Ermordung Rathenaus, gegen das immer frechere Auftreten hervorragender Kriegsverbrecher, gegen die ruchlosen Attentate auf demonstrierende Arbeiter, gegen die Klassenjustiz. Sie fordert: Sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden politisch Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängenden Verbrechen und Vergehen, Zurückziehung des Arbeitszeitgesetzes und der Schlichtungsordnungsentwürfe.

Aus dem bisherigen Verhalten der Regierung und deren Organen ersieht die Versammlung, daß dieselbe nicht in der Lage und teilweise auch nicht gewillt sind, den Machenschaften der Monarchisten und Kapitalisten entgegenzuwirken.

Sie fordert deshalb: 1. sofortiges Zusammentreten aller sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zwecks Beratung gemeinsamer Aktionen des deutschen und des internationalen Proletariats. 2. **Zurücktritt der sozialistischen Minister aus der Koalitionsregierung und Bildung einer Arbeiterregierung, sowie Schaffung des zu deren Erhaltung notwendigen Schutzes.**

Die Hamborner Arbeiterschaft ist entschlossen, **mit allen Mitteln für die Bildung einer Arbeiterregierung zu kämpfen.**

Zirka 10 000 Personen waren an der Versammlung erschienen. Die vorstehende Resolution wurde einstimmig angenommen.

gez.: Karl Wölter, KPD. Wilh. Rühland, SPD.
Alfred Wanegg, USPD. Bruno Maß, ADGB.

Die französische Mission — die Geldquelle der SR.

Moskau, 26. Juni 1922.

In der Morgensitzung wird die Untersuchung der Kriegstätigkeit der SR. während der Moskauer Periode beendet. Die Angeklagten **Gorjtow, Liberow, Artemjew** und **Slobin** leugnen ihre Teilnahme an der Kriegstätigkeit in dieser Periode ab. Das Gericht geht zum Verhör des Zeugen **René Marchand**, der im Jahre 1918 beim französischen Generalkonsulat diente, über. Er sagt folgendes aus: Die Politik des französischen Konsulats sei die ganze Zeit auf den Sturz der Sowjetmacht gerichtet gewesen. Es habe infolgedessen mit allen antibolschewistischen Parteien in Verbindung gestanden: Charles Dumas mit den Menschewiken und auch mit den SR., Henri Gauthier mit Sawinkow, Ehrlich mit SR. Abwesenheit Timofejews kam Donskoj selbst mit dem Chef der Propagandaabteilung des Konsulats, Cheville, zusammen, der des öfteren seine Zusammenkünfte mit Timofejew erwähnte. Aus den Gesprächen mit Ehrlich, Cheville und besonders Gauthier erfuhr der Zeuge, daß die SR. es versucht hatten, ihren Mitgliedern Kommandoposten in der Roten Armee zu verschaffen, und daß sie mit dem Offizier der französischen Mission, Laurent, konspirative Verbindungen gehabt hatten.

Im allgemeinen bezeichnet der Zeuge die Beziehungen des Konsulats zu den SR. als verachtungsvoll. Die französische Regierung habe die SR. zur bewaffneten Niederwerfung der Sowjetmacht ausnützen wollen, **um die Macht der äußerst rechtsstehenden Gruppe zu übergeben.** Der Jaroslawer Aufstand wurde von Sawinko auf ein Gebot des französischen Gesandten angestiftet, um letzteren zu beweisen, daß die Macht in seiner Hand sei. Ohne diesen Beweis hätte Moulens Sawinko jeden weiteren Kredit verweigert.

In Gegenwart Marchands erhielt Ehrlich 50 000 Rubel für die SR. von der Mission.

Ueber andere Anweisungen seitens der Mission habe er auch noch von dem Kassierer der Mission erfahren. Nach Abfahrt der französischen Mission wurden die Gelder für Unterstützung der SR. dem dänischen Konsulat übergeben, mit dem Elias Minor in Verbindung gestanden habe. Zeuge bestätigt, daß die Gruppe „Einheit" zwecks Zeitungsherausgabe durch Dumas Geld erhalten habe.

In der Abendsitzung wird das Zeugenverhör fortgesetzt. Interessant ist die Zeugenaussage des **Generals Berchowski.** Das SR.-Staatsmitglied **Suworow** habe Geld von Cheville erhalten. Suworow sowie der Zeuge hätten auf dem Standpunkt gestanden, daß, soweit es sich um die Frage der Wiederherstellung der Ostfront handelte, von der Entente Geld anzunehmen nicht nur möglich, sondern erforderlich gewesen sei. Der Angeklagte Ignatjew gibt Beispiele, wo Geld ausfranzösischer Quelle erhalten und Suworow oder Postnikow übergeben wurde. **Goz versucht zu beweisen, daß er Geld von der Entente anzunehmen nicht gutzuheißen habe.** Betreffs der von der „Wiedergeburtsvereinigung" erhaltenen Gelder sei er der Meinung gewesen, daß diese entweder von den Mitwirkenden oder von reichen Leuten kämen. In seiner Aussage jedoch finden sich große Unklarheiten.

Das gewesene SR.-Mitglied **Swiatitzky**, das mit der Gruppe „Volk" aus der Partei ausgetreten ist, bringt Details über die Beziehungen mit der Entente sowohl seitens der Zentrale der SR., wie seitens der Konstituante-Fraktion. Seitens der Fraktion wurden zwei Mitglieder nach Archangelsk delegiert, um dort mit den Ententetruppen zusammenzutreffen. Verhandlungen wurden geführt über die Schaffung einer Ostfront **als das unvermeidliche Erfordernis für den Sturz der Sowjetmacht.**

Kein Ende der Wohnungsnot

Berlin, 28. Juni. Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen teilte die Regierung über die Wohnungsbautätigkeit mit, daß im Jahre 1922 statt der erwarteten 200 000 Wohnungen nur 80 000 hätten fertiggestellt werden können.

Ausland

Die Weiße Justiz in Rumänien

Zuchthausstrafen im Kommunistenprozeß

Bukarest, 28. Juni. Nach 125 Sitzungen ging gestern der Kommunistenprozeß zu Ende. Max Goldstein, der Urheber des Attentats im Senat im Jahre 1920, erhielt lebenslängliche Zuchthausstrafe, die Hauptangeklagten nach ihm Strafen von 10 Jahren Zuchthaus bis herunter zu einem Monat Gefängnis. Eine Reihe Angeklagter wurde freigesprochen.

Amnestie für französische Matrosen. Paris, 27. Juni. In den Wandelgängen der Kammer war gestern nachmittag das Gerücht verbreitet, die Regierung bereite für den 14. Juli eine Verordnung vor, durch die die Meuterer der Schwarzmeerflotte begnadigt würden. Bisher fanden zwar keine Beratungen der Regierung über diese Angelegenheit statt, es wäre aber möglich, daß eine solche Begnadigung erfolgte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220629-13/fragment/page=0003

U.T

Leipziger Straße 88

Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 30. Juni,

Der weltberühmte Film (7 Akte)

Madame Dubarry.

Regie: **Ernst Lubitsch.**

Infolge überaus starker Nachfrage leitens des Publikums bringen wir den s. Zt. mit größtem Erfolg aufgeführten Film nochmals zur Vorführung

Vorführung: 4.20 6.30 8.40.

Personen:

König Ludwig XV. von Frankreich	Emil Jannings
Herzog von Choiseul	Reinhold Schünzel
Herzogin von Grammont, seine Schwester	Else Berna
Herzog von Richelieu	Fred Immler
Herzog von Aiguillon	Gustav Czimeg
Jean Dubarry	Eduard v. Winterstein
Guillaume Dubarry	Carl Platen
Jeanne Vaubernier, spätere Gräfin Dubarry	* * *
Lebelle, Kammerdiener König Ludwigs XV.	Paul Bienstedt
Armand de Foix, Student der Medizin	Harry Liedtke
Don Diego, der spanische Gesandte	Magnus Stifter
Der Kommandant der Schloßgarde	Willi Kaiser
Schuster Paillet	Alexander Ewert

POLA NEGRI

Am Hofe Ludwigs XV.

Ferner:

Aktuell! Halle im Film. 1. Teil. Hochinteressante, kürzlich in Halle erfolgte Aufnahmen. **Aktuell!**

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

U.T

Alte Promenade 11a

Fernruf 5738.

2. Woche.

Das Weib des Pharao.

Der große Lubitsch-Millionenfilm.

erzielte einen so ungeheuren Erfolg, daß wir uns veranlaßt sahen, die Spielzeit dieses Films zu verlängern, um auch denjenigen Besuchern, welchen es bisher nicht gelungen war, den Vorstellungen beizuwohnen, Gelegenheit zu geben, sich den gewaltigsten Großfilm des Jahres anzusehen. Es empfiehlt sich, möglichst die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Erhöhte Eintrittspreise.

Beginn: Wochentags 4.00 6.15 8.30. Einlaß 3 Uhr. Sonntags 3.30 6.00 8.25 Einlaß 2½ Uhr. 2690

Operetten-Theater.

Allabendlich der Bombenschlager:

Die Schöne vom Strande.

Operette in 3 Akt. von Bitt. Holländer.

Willi Schur ..... Onkel Knauer.

Kasse ab ½10 ununterbrochen geöffnet (Tel. 6183).

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14. Fernspr. 1473. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Kassierer! Alle für Mai kassierten Beiträge müssen bis 30. Juni bei der Ortskasse abgerechnet werden.

Halle-Saalkreis.

Oppin. Freitag, 30. Juni, abends 8½ Uhr, in Zetts Lokal: **Mitgliederversammlung.**

Passendorf. Sonnabend, 1. Juli, abds. 8 Uhr, im Gasthof „Drei Linden": **Mitgliederversammlung.**

Dölau. Sonnabend, 1. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Dietzsche: **Oeffentliche Elternversammlung.** Referent zur Stelle.

Könern. Freitag, 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Oeffentliche Elternversammlung.** Referent: Gen. Müller (Halle).

Kreis Delitzsch:

Radefeld u. Umg. Sonnabend, 1. Juli, abds. 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Referent ist zur Stelle.

Mansfelder Seekreis.

Benndorf. Sonntag, 2. Juli, abends 8 Uhr, bei Spitze: **Mitgliederversammlung.** Refer.: Genosse Lademann.

Kreis Merseburg.

Mücheln. Freitag, den 30. Juni, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Elternversammlung.** Referent: Genosse Kukut, Halle.

Lützen. Sonnabend, den 1. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Mitgliederversammlung.** Thema: Politische Tagesfragen. Ref. z. Stelle.

Muschwitz. Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 3½ Uhr, im „Gasthof zu Gostau": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Freitag, den 30. Juni, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Elternversammlung.** Referent: Genosse Lieb, Halle.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Lebensmittel

kauft jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei

Otto Bornschein G. m. b. H.

Halle, Mittelstr. 21.

Licht-Spiele

Ab morgen, Freitag!

Nur für Erwachsene! Das Tagesgespräch der Stadt Halle!

Die große Première dieser Woche!

Der gewaltige **Ullstein-Sitten-Roman**

Das Haus ohne Tür u. Fenster!

Sitten-Schauspiel nach dem gleichnamigen Ullstein-Roman

7 Kapitel

von **Thea von Harbou** die Verfasserin vom „Indischen Grabmal!"

Das Haus ohne Tür und Fenster

schildert die Liebe eines verheirateten Mannes zu einem anderen Weibe, hervorgerufen durch innere Instinkte, da die Geliebte jung und lebensfroh, die Frau dagegen durch einen Sturz in den Bergen gelähmt ist und egoistisch ihm, dem Starken, Gesunden, das Leben verbittert.

Das Haus ohne Tür u. Fenster ist der erste deutsche Film, welcher in Paris einen unbeschreiblichen Beifall und Massenbesuch zu verzeichnen hatte.

12 Akte! Gr. Sitten-Doppel-Programm! 12 Akte!

Der große Auslands-Sittenfilm **„Das große Konkurrenz-Spiel"** zwischen den amerikanischen und italienischen Film-Schönheiten

Ketty Johnson, Mia Bill und **Fabienne Fabrèges**

Stürme des Lebens!

Das Schicksal eines verführten Mädchens in 5 Akten.

Im Taumel der Liebe und Leidenschaft

Kommen Sie rechtzeitig, sich dieses außergewöhnliche

Sitten-Doppel-Programm

anzusehen, da eine **Verlängerung nicht möglich** ist.

Einlaß	I. Vorstellung	II. Vorstellung	III. Vorstellung
3.30 Uhr	4.00 Uhr	6.15 Uhr	8.30 Uhr

Sonntags Einlaß 2.30 Uhr. Beginn 3.00 Uhr. 2699

Burg-Theater

2697 **Drei-Schlager-Programm:**

Opfer einer Mutter, 4 Akte Liebes- und Sittendrama. ∴ Italienischer Film.

Die Rauhreiter, 5 Akte. Amerikanischer Film.

Charlie Chaplin, 2 Akte. ein Für sich Schlager.

B. B.B.

Beths Bunte Bühne

Lonangebende Künstlerspiele

Freitag, den 30. Juni:

Letzte Vorstellung,

da das Lokal **wegen Umbau geschlossen** wird. 2702

Ballsaal „Goldener Hirsch"

Leipziger Straße 63. 2692

Morgen, Freitag, Ball

Decken Sie sofort Ihren Bedarf!

Denn trotz der alten Abschlüsse steigen die Preise ständig. Solange der Vorrat reicht, verkaufe ich:

Herrenstiefel, pa. Qual., von Mk. 360—642, schwarz,
Damenschuhe mit u. o. Lackk. v. „ 625—750, braun,
„ Spangen und Schnüren, von Mk. 300—525, schwarz,
Damenstiefel von Mk. 435—530, braun,
„ „ 615 an, braun,
Kinderstrapenstiefel, schwarz u. braun, v. Mk. 130 an,
Sandalen von Mk. 190—300. 2687

Schuhbörse,

Große Brauhausstraße Nr. 10.

Stadttheater

Freitag, den 30. Juni, Anf. 7½, Ende 10 Uhr:

Zwangs einquartierung.

Schwank 2698 von Arnold und Bach.

Sonnabend: **Das Dreimäderlhaus.**

Werbt für den „Klassenkampf"

Ein Posten Arbeits-, Militär- u. Manchester-hosen *316 billig. Partiewaren Magdeburger Str. 25 am Waldhöll.

Gold-, Silber-, Platinbruch, Alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe kauft zu hohen Berliner Preisen. Bitte überzeugen! **Metall-Kontor A. Abramowitz,** Schmerstraße 14, I. — (Kein Laden). — 401

Schulbücher empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Denkt an die Rußlandhilfe

Eisleben.

Achtung! Mieter. Achtung!

Freitag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkshaus":

Mieter-Versammlung.

Thema:

Was hat jeder Mieter am 1. Juli zu tun?

Wer sich von den Mietern vor Schaden bewahren will, erscheine in dieser Versammlung.

366 **Der Vorstand des Mietervereins Eisleben.**

Bekanntmachung.

Gefunden: 1 Hundekette, 1 Kopfschal, 1 Ball, 1 Hals- und Armband, 1 Klemmer mit Futteral, Geld, Schulbücher, Geldscheintäschchen mit Inhalt, 1 Futteral mit Inhalt, 1 Strohhut, 1 Stück Butter, 1 Ring, Handtäschchen, 1 Kinderhose, 1 Brottrommel, 1 Schürze und 1 Hemd.

Zugeflogen: 1 Kanarienvogel.

Zugelaufen: 1 Dobermann.

Eisleben, den 21. Juni 1922.

367 **Die Polizeiverwaltung.** J. V.: Dr. Waltsgott.

Aufforderung!

Die mir in Reparatur gegebenen Kinderwagen und Verdecke bitte ich, bis 1. Juli abzuholen.

Otto Möller, Sattlermeister, Eisleben, Petritstraße 2.

Werbt für die „Produktiv-Genossenschaft"!

Der gute Geruch

*560

der feine Gehalt, dazu gehört die Rotfroschgestalt!

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder.

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220629-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 29. Juni 1922

Mordhelferhetze

Die Bluthetze der nationalistischen Presse, die ganz systematisch den Boden für blutige Ereignisse vorbereitet, geht weiter. Der Ton, in dem sie heute schreiben, ist derselbe, wie in den Tagen vor dem Rathenaumord. Der Millionenaufmarsch des kampfbereiten Proletariats am Montag im ganzen Reich hat sie nicht geschreckt. Vielleicht aus der Erfahrung heraus, daß das Proletariat schon so oft gedroht hat, so oft Forderungen aufgestellt hat, die aber nur Forderungen geblieben sind. So nach dem Kapp-Putsch, nach dem Erzbergermord und jetzt nach dem Mord an Rathenau. Und diese Erfahrungen gibt den journalistischen Strolchen und dem monarchistischen Mordgesindel Mut, in der frechsten Weise weiterzuhetzen und die verletzten Leidenschaften der hinter ihnen stehenden militärischen Formationen zu steigern. Ein Blick in die Presse der beiden Monarchistenblätter in Halle, der deutschnationalen „Hallischen Zeitung" und der halb deutschnationalen und halb volksparteilichen „Allgemeinen Zeitung", bestätigt diese Feststellung.

Die Zwischenfälle nach der Demonstration am Montag geben ihnen besondere Veranlassung, gegen den „Pöbel" und gegen die „Horde" in der blutrünstigsten Weise zu hetzen. Die „Hallische Zeitung" ist ganz empört darüber, daß am Montag nicht ein Blutbad von der Sipo angerichtet worden ist. Nicht weniger als sechsmal wiederholt der journalistische Blutmensch in einem kurzen Artikel in der gestrigen Abendausgabe, daß die Sipo von Dölz daran gehindert worden ist. **„was ihres Amtes war . . .", „nach den Vorschriften ihrer Führer die taktischen Maßnahmen, vor allem die Säuberung des Marktplatzes, vorzunehmen . . ."** In der heutigen Morgenausgabe wagt es sogar das Blatt, einen Aufruf der Stahlhelmbündler zu veröffentlichen, in dem zum Schutz aufgefordert wird, **die Organisierung des Stahlhelmbundes nicht zu unterbrechen.**

Gemach, Ihr Buben! Die Arbeiterschaft hat am Montag die Forderung erhoben, daß der „Stahlhelm" aufgelöst werden soll. Täuscht Euch nicht! Die Arbeiterschaft wird auf den Plan treten und wird, wenn es notwendig ist, für die Durchführung dieser Forderung kämpfen

Auch die „Allgemeine Zeitung" ist mit der Haltung der Polizei sehr unzufrieden und schreibt in ähnlicher aufreizender Weise wie ihr Bruderorgan. Um bei der Sipo die notwendige Blutstimmung zu erzeugen, werden die erbärmlichsten Lügen und die gemeinsten Verleumdungen aufgetischt. So versucht das Blatt, die Sipo für sich zu gewinnen, indem es wieder einmal das längst durch den preußischen Untersuchungsausschuß widerlegte Märchen von den verstümmelten Sipobeamten in Gröbers hervorholt. Wir hoffen, daß sich die vernünftigen Sipobeamten durch solche wüsten Hetzereien nicht irreführen lassen. Und mit denjenigen Beamten, die diesen Blutparteien nahestehen und die monarchistischen Bestrebungen unterstützen, wird die Arbeiterschaft kurzen Prozeß machen und sie dorthin schicken, wo der Pfeffer wächst. Auch für diese Forderung, für die Säuberung der Sipo von allen unsicheren Elementen, wird die Arbeiterschaft sich mit aller Kraft einsetzen.

Einig allerdings sind alle bürgerlichen Blätter in der Ablehnung der Forderung, den Stahlhelmverband, dessen Organisation von allen bisher in jeder Weise unterstützt wurde, aufzulösen. Auch die sogenannten „politisch neutralen" „Hallischen Nachrichten" tun das mit. Sie wagen allerdings bei der jetzigen Stimmung der arbeitenden Bevölkerung noch nicht, das offen auszusprechen — weil sie noch viele Tausende von Abonnenten in der arbeitenden Bevölkerung haben. **Die Arbeiterschaft sollte sich endlich darüber klar sein, daß sie dieses Blatt, das nicht die Interessen der Arbeiter vertritt, sondern von dem sie täglich mit Schmutz beworfen wird, nicht unterstützen darf, sondern aus den Arbeiterwohnungen entfernt.** Denn auch dieses Kapitalistenblatt hat sich bisher an jeder Hetze gegen die Arbeiter beteiligt und tut es auch heute noch und wird es auch in Zukunft tun.

Dem proletarischen Kinde

Täglich schwerer wird die Not des Proletariats. Die Teuerung steigt mehr und mehr. An Steuern werden immer neue ausgedacht und allenthalben wird versucht, die ohnehin nicht zum Leben ausreichenden Löhne zu verringern. Die Sanktionen, der bürgerliche Ausdruck dafür, die Lasten des Zusammenbruchs der kapitalistischen Weltordnung noch mehr dem Proletariat aufzuerlegen, tragen einen großen Teil zur Verschärfung der allgemeinen Lage bei. Sein Leben zu fristen und aufrechtzuerhalten, wird dem Proletariat immer schwerer gemacht. Nur entschlossener, schärfster Kampf gegen seine Unterdrücker, dabei das Ziel nie aus dem Auge verlieren, wird ihm bessere Lebensmöglichkeit verschaffen.

Parteigenossen, Arbeiter! Ihr kennt eure Lage, ihr habt Augen, um sie zu sehen, und ihr habt den Verstand, um den Kampf um euer Leben aufzunehmen und zu führen. Euer Kampf ist schwer, und er nimmt eure Kräfte voll in Anspruch. Trotzdem aber rufen wir euch zu: Vergeßt nicht derer, die noch viel schlimmer dem Elend, dem Verderben ausgesetzt sind wie ihr, die aber nicht aus eigenen Kräften für sich kämpfen können:

Vergeßt eure Kinder nicht!

Eure Kinder sind nicht nur dem Elend, nein, **sie sind dem Untergang geweiht.** An dieser Stelle brauchen wir kein trockenes Zahlenmaterial darüber zu bringen. Keine trockenen Zahlen, die so lebendig von dem großen Massensterben der Kinder des Proletariats reden. Kurz vor Weihnachten kam die Bourgeoisie mit ihren Plakaten **„Kinder in Not"** und schwang den Bettelsack, um dieser Not zu steuern. Da wurden Berichte, amtliche Berichte über den erschreckenden Umfang der Unterernährung und des Dahinsiechens der proletarischen Kinder an unheilbaren Krankheiten veröffentlicht. Mit rührenden Stimmen sprachen feiste, dickhäutige Bourgeois über das Kinderelend.

Alles eitel Spiegelfechterei!

Mit der einen Hand hielt die Bourgeoisie uns ihre Plakate entgegen, mit der andern Hand schloß sie ein Kinderheim, einen Kinderhort, ein Entbindungsheim nach dem andern. Mit der einen Hand streckte sie die Sammelbüchse aus, mit der andern kürzte sie die Löhne der Arbeiter. „Kinder in Not" schrieen sie und schlossen einen Betrieb nach den andern, warfen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße und überlieferten sie und ihre Kinder ebenfalls dem Elend.

Arbeiter! Ihr sollt nicht ebenso rufen „Kinder in Not"! Aber **ihr sollt und müßt den Kampf aufnehmen für das Leben eurer Kinder,** für eure Zukunft. Ihr sollt nicht betteln, ihr sollt **fordern.** Fordert von den bürgerlichen Institutionen das, was eure Kinder brauchen! Kämpft dafür!

Vergeßt eure Kinder nicht!

Denkt aber nicht nur an ihre körperliche Verwahrlosung. Vergeßt auch nicht die geistige Verwahrlosung der Jugend, eurer Kinder. Die geistige Verwahrlosung, die geistige Beeinflußung der Kinder durch die kapitalistische Gesellschaft ist gerade so schlimm zu bewerten, wie die erstere. Schaut euch die Schulbücher eurer Kinder an und ihr werdet sehen, wohin eure Kinder geführt werden. Nicht zu euch, sondern von euch fort, eure Kinder werden euch systematisch entfremdet, die ganze Schulerziehung ist darauf angelegt. Dem kapitalistischen, nationalistischen, kirchlich-religiösen Gift, welches in eure Kinder gepflanzt wird, müßt ihr ein Gegengift entgegensetzen.

Erzieht eure Kinder proletarisch!

Befreit sie aus den Händen eurer Klassenfeinde. Gründet Kindergruppen.

Parteigenossen! Ihr befindet euch im verschärftesten Klassenkampf. Und die noch herrschende Gesellschaft wendet ebenfalls verschärfte Mittel an, um euch eure Kinder zu entreißen. Ihr geht auf die Straße, demonstriert, ihr streikt — und eure Kinder werden in der Schule gezwungen, Aufsätze zu schreiben, in denen sie den Streik als verwerflich, die kämpfenden Proletarier als Verbrecher bezeichnen müssen.

Arbeiteretern! Zieht in euren Kindern das proletarische Klassenbewußtsein groß, reiht sie ein in eure Kampffront, in die Gesamtfront des kämpfenden Proletariats. Gründet kommunistische Kindergruppen! Gebt euren Kindern die internationale Zeitung für Arbeiterkinder, den „Jungen Genossen" zu lesen. Schickt sie in die kommunistischen Kindergruppen. Stellt euch als Helfer für die Arbeit in ihnen zur Verfügung, unterstützt die kommunistische Jugend in der internationalen

Arbeiter-Kinder-Woche vom 25. Juni bis 2. Juli!

Heute abend in allen Distriktslokalen

Distriktsversammlungen

Referenten sind zur Stelle

Thema:

„Die politische Lage"

Die Mitglieder müssen vollzählig erscheinen

Die Bergarbeiter gegen die jetzige Verbandsleitung

Von einem Bergarbeiter wird uns geschrieben: Mit allem Ekel ergreift der Bergarbeiter sein Organ „Der Bergarbeiter Deutschlands". In jeder Spalte wird nur Dreck gegen die Kommunisten verspritzt. Das Bonzentum erkennt die große Not der Bergarbeiter an und gibt zu, daß die Bergarbeiter höhere Löhne fordern müssen. Seit Ende April stehen die Kumpels in Lohnverhandlungen. Die Unternehmer verstehen es sehr gut, die Verhandlungen zu verschleppen. Was aber tut der Verband dagegen? Er meint, nur gehirnkranke Fanatiker könnten verborgene Ränke hinter den Organisationsführern suchen. Jeder klassenbewußte Arbeiter weiß aber heute, was er von seinen Führern zu halten hat. Einer der Verbandsbonzen traf kürzlich einen Vertreter der Bergarbeiter, der nach Leipzig delegiert war, auf dem Bahnhof. Der Bonze fuhr nach Cöthen zur Konferenz. Er fragte den Kumpel, ob er nach Leipzig wolle. Auf die bejahende Antwort sagte der Bonze: **„Alle, die nach Leipzig fahren, werden aus dem Verbande ausgeschlossen!"** Die gebührende Antwort wurde ihm erteilt. Derartige Reden erlauben sich solche Leute noch zu äußern. Die Abrechnung mit diesen Leuten ist nicht mehr fern. Hoffentlich bringt uns der Reichskongreß in Hannover die langersehnte Rettung.

Zwei Hallische Strauß-Veranstaltungen

Der Donnerstag stand im Zeichen der Straußverehrung: Drei Generationen der Johann Strauß haben sich der Operetten- und Walzermusik gewidmet und man muß zugestehen, daß sie im Rahmen dieser Musikgattung das beste geleistet haben. Der Bedeutendste ist der mittlere, Verfasser der „Fledermaus", „Blindekuh", „Nachtfalter"-Walzer (nicht zu verwechseln mit Oskar Straus („Walzertraum") und dem gewaltigen Tonschöpfer Richard Strauß).

Das Stadttheater gab den „Zigeunerbaron". Ein Emigrant, Sandor Barinkay, kommt in das Gebiet, das seiner Familie früher gehörte. Das alte Zigeunerweib Czipra wahrsagt ihm, daß in der Nähe ein großer Schatz verborgen sei und die Zigeuner wählen ihn zu ihrem Führer. Als es sich herausstellt, daß seine Geliebte, die Zigeunerin Saffi, die Tochter des letzten Paschas von Ungarn ist, verzichtet er darauf, ein so „vornehmes" Mädchen zu heiraten und zieht es vor, in den Krieg zu ziehen. (Etwas für Stahlhelmbrüder!) Nach Kriegsschluß kehrt er zurück und nimmt sie doch.

Es ist mir in keiner Weise einleuchtend, weshalb das Stadttheater schon wieder eine Operette gebracht hat. Wenn man überhaupt im Sommer das Stadttheater in Betrieb hält, weshalb geht man da nicht — wie es jetzt in Braunschweig war — an die Aufführung der „Josephslegende" (von „Richard" Strauß verfaßt), oder des „Fernen Klanges" von Fr. Schrecker? — Von Adolf Schiele konnte man sagen: „Das, was er singt, ist Schrecken, nur was er spielt, ist gut." Hilde Voß war eine gute Verkörperin der Saffi mit schöner Stimmlage.

*

In der überfüllten Saalschloßbrauerei dirigierte Johann Strauß (Sohn) die bekannte „Fledermaus"-Ouvertüre, „Wiener Volksmusik" von Komzak, „An der schönen, blauen Donau". Besonders melodienreich war die Ouvertüre zur „Galathea" von Suppé. Dem Dirigenten wurde mehr Begeisterung entgegengebracht, als ihm gebührt. Sein Vater war entschieden größer. Man kann nämlich wirklich von einem (übertriebenen) bourgeoisen Strauß-Himmel reden.

Auf der Eile von Konzertsaal zu Konzertsaal konnte ich nur einen eTil des letzteren Konzerts anhören. K. W.

Konzert des Männerchores Fichte-Georginia, Berlin

In der Stunde des Rathenaumordes — in einer Stunde, wo das Stahlhelmgesindel die blutige Niederschlagung des Proletariats vorbereitet, — da brachte uns der Männerchor Fichte-Georginia, Berlin (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes) eine kurze Zeit herrlicher innerer Sammlung.

Die stimmliche Durchbildung des Chores, der 130 Sänger zählt, hat unter der Leitung von Dr. Ernst Jokl eine bedeutsame Höhe erreicht, besonders die Tenorstimme. Die Sängerin des Abends, Gertrud Wolf, Berlin, brachte ihren wunderbar melodischen Sopran zu Gehör. Richard Eberts Baritonsolo „O Muttersprache" mit Chorbegleitung klang voll und rund durch den Saal. Und auch die Klavierbegleitung Jokls war meisterhaft, wie außerordentlich plastisch bei der Wiedergabe von Hugo Wolfs „Zitronenfalter im April!" Richard Wagners Lied der Matrosen aus dem „Fliegenden Holländer" mußte wiederholt werden, und süßer Zauber wallte aus Karl Goldmarks, des Ungarn und Komponisten der „Königin von Saba", Vertonung des Eichendorffschen „Frühlingsnetzes". Richard Strauß' typisch-tragische Begabung wurde durch die beiden humoristischen Liedchen „Für hinsehn Pfennige" und „Hat gesagt, bleibt's nicht dabei", Stoffe aus „Des Knaben Wunderhorn", als eine auch das Komische meisterade Genialität aufgewiesen.

Die beiden letzten Lieder waren politische Kampflieder: das erste „Morgenzuruf" von Joseph Scheu nach dem Text Georg Herweghs, des bekannten revolutionären Dichters von 1848, das andere: die Arbeiter-Marseillaise, die begeisterten Anklang fand. Der Endaufruf: „Nicht fürchten wir den Feind, nicht die Gefahren all'; der Bahn, der kühnen, folgen wir, die uns geführt Lassall'!" tönte wie ein Kampfruf der Stunde und leitete in die harte Wirklichkeit zurück. K. W.

---

* **Die Aussperrung bei der Firma Ludwig Kathe u. Sohn, Diemitz, beendet.** Am Donnerstag berichteten wir, daß die Firma Kathe u. Sohn sämtliche Arbeiter ausgesperrt hatte. Der Vorgang war folgender: In der Lackiererei, wo seit einigen Wochen Arbeitsmangel herrscht, sollten von einigen Leuten Ueberstunden gemacht werden. Der Vertrag, der mit der Firma und den zuständigen Organisationen abgeschlossen ist, sieht die Genehmigung des Betriebsrates zur Leistung von Ueberstunden vor. Trotzdem der Betriebsrat Ueberstunden verweigerte, wurde auf Befehl des seit kurzem dort angestellten Oberingenieurs Ueberstunden geleistet. Daß die auf Ordnung haltenden Betriebsratsmitglieder den betr. Leuten, welche Ueberstunden geleistet hatten, Vorhaltungen machten, wird jeder Gewerkschafter verstehen. Daß aber ein organisierter Arbeiter daraufhin zum Unternehmer läuft und die Konsequenzen zieht, wollte den übrigen Kollegen nicht in den Kopf. Herr Kathe, der den Hallischen Arbeitern wegen seines provozierenden Vorgehens zu Genüge bekannt ist, entließ daraufhin den Obmann der Lackierer. Das Solidaritätsgefühl der Kollegen war jedoch noch nicht geschwunden, wie sich Herr Kathe gedacht hatte. Alle Lackierer verlangten die Papiere und gingen mit ihrem Obmann. Herr Kathe, ob dieser Tat in großer Erregung, sperrte alle Arbeiter einfach aus. Der Schlichtungsausschuß, der sich am Montag damit beschäftigte, verurteilte die Firma, den Obmann wieder einzustellen und somit auch die Folgen der Aussperrung zu tragen. Die Arbeit wurde am Mittwoch, dem 28. Juni, wieder aufgenommen.

* **Die Kommunistische Kindergruppe** hält heute abend 7½ Uhr im kleinen Saal des „Volkspark" einen Elternabend mit einem neuen Programm ab. Arbeiteretern, erscheint zahlreich und unterstützt die Bestrebungen der Kommunistischen Kindergruppe.

* **Bauarbeiterversammlung.** Auf die heute abend im „Volkspark" stattfindende öffentliche Bauarbeiterversammlung weisen wir besonders hin.

* **Holzarbeiterverband.** Heute, Donnerstag, abends ½8 Uhr, Lehrlingsversammlung im Gewerkschaftshaus.

* **Bau- und Möbeltischler.** Am Freitag, dem 30. Juni, abends 8 Uhr, findet eine Branchenversammlung im „Volkspark" statt, die sich mit den letzten Lohnverhandlungen im Landesverband beschäftigen wird.

* **Die Betriebsrätevollversammlung** findet nicht am 30. Juni, sondern erst am Freitag, dem 7. Juli, im „Volkspark" statt.

* **Der Arbeiterbildungsausschuß** veranstaltet am Freitag, dem 30. Juni, im „Volkspark" sein zweites Sommerkonzert. Die Aufführung erfolgt durch das verstärkte Philharmonische Orchester unter Leitung von Karl Röhren. Als Mitwirkender ist Kurt Schreiber, Bariton vom Apollotheater (früher Stadttheater) gewonnen. Es wird erwartet, daß die Bemühungen des Arbeiterbildungsausschusses mit einem guten Besuch des Konzerts belohnt werden. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt. Eintrittskarten nebst Programm zu 5 Mk. sind im Vorverkauf zu haben im Arbeitersekretariat, Harz 42/44. An der Kasse kostet der Eintritt 6 Mk.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr gelangt die Oper „La Traviata" von Verdi zur Aufführung. Freitag wird der Schwank „Zwangseinquartierung" von Arnold und Bach gegeben. Sonnabend „Das Dreimädelhaus". Am Sonntagabend 7½ Uhr geht die Oper „Der Evangelimann" von Wilhelm Kienzl in Szene. Am Montag wird die Operette „Der Zigeunerbaron" wiederholt.

* **Druckfehlerberichtigung.** In dem gestrigen Artikel: „Nach der Demonstration" ist ein Druckfehler enthalten, den unsere Gegner bereits weidlich ausschlachten. Es muß natürlich im letzten Absatz heißen: Die Arbeiterschaft hat aber auch die Pflicht, auf die Jugendlichen der KAP. zu achten . . .

Letzte Nachricht

Ein Rathenaumörder verhaftet!

Berlin, 29. Juni. (Amtlich.) Einer der Mörder des Außenministers Rathenau, der 21jährige Ernst Werner Techow, ist heute vormittag in der Nähe von Frankfurt a. O. verhaftet worden. Er ist derjenige, der das Auto gesteuert hat. Die Meldung, daß auch die anderen beiden Mörder bereits verhaftet seien, bestätigt sich nicht.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühnerol
In Apotheken und besseren Drogerien erhältlich
Ärztlich empfohlen Millionenfach bewährt!
*435 Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Hühnerol-Fußbad

Wegen
Inventur-Aufnahme
werden unsere Verkaufsräume und Bureaus am Freitag, dem 30. Juni 1922,
erst vormittags 10 Uhr geöffnet!

Geschäftshaus
J. Lewin
Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220629-13/fragment/page=0005

Ammendorf

Eine große Protestkundgebung fand am Dienstagnachmittag statt, außer ganz wenigen Bergarbeitern wurde die Arbeitsruhe durchgeführt. Die Demonstrationsversammlung um 3 Uhr nachmittags war von etwa 1000 Klassengenossen besucht. Die Resolution mit den bekannten Forderungen wurde einstimmig angenommen.

Einen Werbeabend veranstaltet am Sonnabend, dem 1. Juli, abends ½8 Uhr, in der Broichanschenke die Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Ammendorf. Die Arbeiterschaft wird ersucht, die Bestrebungen der Jugend zu unterstützen und die Jugendlichen dorthin zu schicken.

Löbejün

Die Arbeitsruhe in den hiesigen Steinbrüchen war nur unvollständig. In den Zuckerfabriken und Betrieben wurde nicht gearbeitet. Steinkohlenwerk Plötz beschloß in einer Belegschaftsversammlung ohne besondere Abstimmung ebenfalls volle Arbeitsruhe für alle drei Schichten. Eine Demonstration fand nicht statt. Das Fehlen eines Gewerkschaftskartells machte sich wieder einmal recht bemerkbar.

Könnern

Eine Eltern- und Kinderversammlung findet am Donnerstag, dem 29. Juni, abends 8 Uhr, statt. Am Sonnabend, dem 1. Juli, abends 7 Uhr, findet ein Elternabend statt. Alle Eltern und Kinder sind eingeladen. Um ½11 Uhr Sonnenwendfeier der Jugend.

Aus der Provinz

Sie ducken sich!

Sie ducken sich: Oho! Aha!
Die Roten demonstrieren,
Da kann ja übermorgen, na,
Der nächste schon kreperieren!

Ohohio! Was uns das stört,
Gesetze und Erlasse!
Wir bleiben dabei unversehrt,
Bei Kugeln und bei Kasse!

Ohohio! — Drescht weiter Stroh!
Wir lassen mit uns spaßen,
Wir Consul, Orgesch und Jungdo! —
Wie süß sind Eure Phrasen.

Prolet und du, siehst weiter zu?
Schluß mit dem Demonstrieren!
Nicht nur das Herz — die Faust dazu,
Die gilt es jetzt zu rühren!

Havelok.

Der neue Mieterschutz

Der Reichsrat hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der demnächst den Reichstag beschäftigen wird. Es handelt sich um das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter.

Das Gesetz soll mit dem Reichsmietengesetz am 1. Juli 1922 in Kraft treten. Es soll den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Aufhebung des Mietverhältnisses soweit schützen, als es sich mit den berechtigten Interessen des Vermieters vereinen läßt. Vor allem soll die Lösung des Mietverhältnisses aus wichtigen Gründen zulässig sein. Nicht soll genügen die Absicht des Vermieters, die Mieträume selbst zu benutzen, um so zu verhindern, daß sich durch Ankauf eines Hauses kapitalkräftige Leute Wohnungen verschaffen können.

In solchen Fällen hat der Vermieter bei dem Amtsgericht Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses zu erheben; eine Kündigung durch den Vermieter ist nicht mehr zulässig. Unter Zuziehung von Mieter- und Vermietervertretern entscheidet das Amtsgericht. Wird nun aus solchem Grunde das Mietverhältnis aufgehoben, kann das Gericht anordnen, daß der Vermieter dem Mieter die Umzugskosten zu ersetzen hat, sofern dies nach den Vermögens- und Erwerbsverhältnissen der Beteiligten der Billigkeit entspricht.

Es liegt eine große Gefahr besonders für die Mieter darin, daß das Mieteinigungsamt ausgeschaltet wird. Alle Mieterverbände haben sich ganz entschieden dagegen verwahrt, daß die Rechtsprechung in Mietsachen den ordentlichen Gerichten übergeben wird; das haben auch die Gemeinden aus guten Gründen getan, obwohl diese durch die Mieteinigungsämter finanziell stark belastet werden.

Die Mietervertreter im Reichstage haben dafür zu sorgen, daß alle zwischen Mietern und Vermietern entstehenden Streitfälle nach wie vor von den Mieteinigungsämtern erledigt werden. Die Begründung dafür, daß die „Aufhebungsklage" vor das Amtsgericht verwiesen wird, eine wesentliche Vereinfachung und eine eingehendere und sorgfältigere Prüfung des Sachverhaltes, vor allen Dingen aber eine Entlastung der Mieteinigungsämter herbeiführen soll, erscheint nicht stichhaltig. Vielmehr tritt der Gedanke hervor, daß man gegen den Willen der Mieter die Mieteinigungsämter abbauen will.

Weiter sieht der Gesetzentwurf einen Schutz des Mieters gegen die zwangsweise Durchführung eines Räumungsurteils vor; der Mieter darf nur dann zwangsweise aus den Räumen entfernt werden, wenn ihm angemessener Ersatzraum gesichert ist. Diese Bestimmungen sollen für Wohn- und geschäftliche Räume gelten; für Räume für öffentliche Gebäude und solche gemeinnütziger Bauvereinigungen nicht.

Schließlich bringt der Gesetzentwurf eingehende Vorschriften über Einrichtung der Mieteinigungsämter und über das Verfahren vor diesen. Diese sollen Mißstände beseitigen, die sich bei dem jetzt geltenden Verfahren gezeigt und zu lebhaften Beschwerden aus Mieter- und Vermieterkreisen geführt haben. Es soll auch für gewisse Fälle die Anrufung an eine Beschwerdestelle zugelassen werden. Diese soll von der obersten Landesbehörde bestimmt werden. Um die Gemeinden zu entlasten, ist die Erhebung von Gebühren vorgesehen.

Ein Arbeiterhaushalt

Zu einer notdürftigen Lebenshaltung eines Arbeiters gehört mindestens ein Lohn in 14 Tagen in Höhe von 3500 bis 4000 Mk., um wirtschaftlich nicht zugrunde zu gehen.

Im Juni beträgt der Stundenlohn im Gießereifach 25,10 Mk., somit der 14tägige Lohn (92 Stunden) 2309,20 Mk. Abzüge: 161 Mk. Steuern, 44 Mk Kranken- und Invalidengeld. Somit verbleibt ein Lohn 2104,20 Mk.

Demgegenüber steht eine Wirtschaftsausgabe wie folgt für Mann, Frau und 2 Kindern von 1 bis 2 Jahren in der Zeit vom 11. bis 24. Juni.

	Preis Mark		Preis Mark
13 300 Gr. Brot	96,—	500 Gr. Kernseife	24,—
6000 „ Brötchen	90,—	250 „ Seifenpulver	8,—
10 000 „ Kartoffeln	66,—	300 „ Tabak	22,80
2 500 „ Margarine	210,—	10 Fl. Bier	62,—
250 „ Butter	43,—	2 „ Brennspiritus	27,—
500 „ Bohnen	9,—	1 Paket Streichhölzer	10,—
500 „ Erbsen	13,70	Gewürz u. sonst. Zutaten	30,—
500 „ Linsen	9,—	10 Stck. Eier	35,—
1 000 „ Grieß	23,—	23 Liter Vollmilch	179,80
500 „ Nudeln	12,—	4 Liter Buttermilch	15,60
2 000 „ Zucker	44,—	10 Stck. Zigarren	15,—
1 500 „ Mehl	32,50	Kohlen, Brikett u. Holz	200,—
500 „ Salz	1,10	Licht und Miete	25,—
500 „ Hafermehl	15,50	Verband und Partei	33,—
500 „ Kompott	15,50	Zeitung und Fahrgeld	41,—
250 „ Kakao	20,—	Versammlungen	30,—
1 500 „ Fleisch	160,—	Friseur	13,—
1 000 „ Wurst	130,—	Schuhreparatur	100,—
500 „ Speck	65,—	Zusammen	1994,50
200 „ Kaffee	15,—		
250 „ Zwiebeln	11,—	Lohn	2104,20
500 „ Limburg. Käse	42,—		

Hiermit habe ich das Notdürftigste angegeben, was ich ausgeben konnte. Aber das genügt bei weitem nicht, denn ich rechne noch mehr zum menschlichen Leben als ein Stück Margarinebrot. Ich brauche Wäsche, Kindermäsche, Kleider und viel andere Gegenstände, die in der Wirtschaft gebraucht werden. Ich brauche auch Wissenschaft (Lesen nützlicher Bücher usw.). Wir leben nur, um zu arbeiten, aber wir arbeiten nicht, um zu leben, wir müssen arbeiten, um nicht zu verhungern. Wohin soll das führen? Das kann nur den Untergang, die Verelendung des Proletariats bedeuten.

Dieses trockene Arbeiterbudget zeigt mit krasser Deutlichkeit, wie herrlich weit es die Arbeiterschaft in der Wucher- und Schieberrepublik gebracht hat. Jeder Kommentar zu dieser Aufstellung ist überflüssig, da es ja jede Hausfrau und jeder Familienvater am eignen Leibe verspürt, wie sie sich von Tag zu Tag durchfristen müssen. Der Arbeiter kann heute noch nicht einmal seine Naturbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung) als Mensch befriedigen. Und von der Kultur, Wissenschaft und Kunst ist er vollständig abgeschnitten. Wie lange will sich die Arbeiterschaft als Klasse diese Zustände gefallen lassen? Soll die Degeneration noch weiter gehen? Kann so ein entkräftetes und entnervtes Proletariat, das von den Kapitalisten absichtlich in dieser Verelendung erhalten wird, auf dem Wege der demokratischen Entscheidung die geistige und ökonomische Uebermacht über die herrschende Klasse gewinnen? Nein! **Das Proletariat wird vom Kapitalismus zur Verzweiflung getrieben werden.** Wenn der Bedrückte nirgends Recht kann finden ... holt er sich seine Rechte. Aber dann. Wehe denen!

Die Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt berichtet:

Die Lage des Arbeitsmarktes war im Mai wiederum recht gut, wenn sie auch vorübergehend durch Rohstoffmangel in der Industrie beeinträchtigt wurde. Die Nachfrage nach Arbeitskräften konnte, besonders im mitteldeutschen Industriegebiet, nur zum Teil befriedigt werden. Die von den Werken geschaffenen Unterkunftsmöglichkeiten waren fast völlig erschöpft. An vollunterstützten Erwerbslosen wurden am 31. Mai nur noch 735 gezählt gegenüber 1088 zu Beginn des Monats. Es entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 546 (821), Merseburg 59 (81), Erfurt 110 (137) und den Freistaat Anhalt 20 (49).

Nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften bestand rege Nachfrage, der nur zu einem Teil entsprochen werden konnte. Eine größere Anzahl Forstarbeiter wurde wegen Beendigung der Arbeiten entlassen. Die Braunkohlenindustrie benötigte laufend auber Häuern und Förderleuten in großem Umfange kräftige Arbeiter für Gruben- und Abraumbetriebe. Die Aufträge auf Vermittlung von Arbeitskräften aus der Metallindustrie gingen in der ersten Maiwoche zurück, doch konnte dem Mangel an älteren Spezialarbeitern nicht abgeholfen werden. Dann stieg die Nachfrage dauernd. Die Lage im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, die bereits zu Anfang des Monats im allgemeinen gut war, besserte sich noch ständig. Einige Streiks und Aussperrungen wurden gemeldet. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe herrschte starker Mangel an Arbeitskräften. Der große Mangel an Facharbeitern für das Baugewerbe hielt an. Auch waren Hochbautechniker nicht genügend vorhanden. Die Vermittlungstätigkeit für das Handelsgewerbe war bisweilen verhältnismäßig lebhaft. Gegen Ende des Monats stieg die Zahl der Versicherungsangestellten, die wegen zu geringer Bezahlung in den kaufmännischen Beruf übergehen wollten. Die gute Arbeitsmarktlage für männliche Ungelernte und Jugendliche bestand fort.

Teuerungsmaßnahmen für Kriegsopfer im Monat Juli

Nach einem Entwurf für das Reichsversorgungsblatt werden wegen der zunehmenden Teuerung die Sätze der Teuerungszuschüsse, die nach den Erlassen vom 1. und 7. Dezember 1921 für Juli 1922 zu zahlen sind, für Rentenempfänger, deren regelmäßiges Einkommen (ohne die Versorgungsgebührnisse) die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt, vervierfacht. Für Rentenempfänger, deren Einkommen diese Höchstsätze um nicht mehr als die Hälfte übersteigt, werden die Sätze der Teuerungszuschüsse verdoppelt.

Beschädigte, die eine Rente von weniger als 50 v. H. beziehen, können auf Antrag vom 1. Juli an ebenfalls Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht ausüben können und neben der Rente kein Einkommen (aus Arbeit, Kapitalzinsen, Pensionen usw.) haben, das die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung um mehr als die Hälfte übersteigt.

Es erhalten monatlich: a) wenn das sonstige Einkommen (ohne die Versorgungsgebührnisse) die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt, Leichtbeschädigte: 360 Mk. und außerdem, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind einen Zuschuß von 120 Mk. Erwerbsfähige Witwen erhalten 320 Mk. b) Wenn das sonstige Einkommen die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung um nicht mehr als die Hälfte übersteigt, Leichtbeschädigte 180 Mk. und außerdem, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind einen Zuschuß von 60 Mk. Erwerbsfähige Witwen haben Anspruch auf 160 Mk.

Die Teuerungszuschüsse können auch Empfängern eines Uebergangsgeldes und Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe gewährt werden, sie kommen durch die zuständigen Fürsorgestellen zur Auszahlung.

Spruchverfahren in Versorgungssachen

Vor dem 1. Februar 1922 konnten die Versorgungsgerichte, soweit es sich um die vor dem Reichsversorgungsgesetz erlassenen Militärversorgungsgesetze handelte, nur darüber entscheiden, ob und in welcher Höher Versorgungsgebührnisse überhaupt zustanden, dagegen nicht darüber, in welcher Höhe die festgelegten Gebührnisse tatsächlich ausgezahlt werden mußten. War z. B. streitig, ob ein Teil der Gebührnisse mit Rücksicht auf sonstiges Einkommen auf eine Anstellung im Zivildienst usw. zu „ruhen" hatte, d. h. nicht auszuzahlen war, ob bereits gezahlte Vorschüsse anzurechnen oder Beträge zur Deckung von Ueberhebungen einzubehalten waren, so mußte Klage vor den ordentlichen Gerichten (Landgericht, Oberlandesgericht, Reichsgericht) erhoben werden. So konnte es geschehen, daß außer dem Versorgungsamt oder Hauptversorgungsamt in derselben Angelegenheit zunächst die Spruchbehörde der Reichsversorgung in zwei Instanzen und dann die ordentlichen Gerichte in drei Instanzen zu entscheiden hatten. Das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen vom 10. Januar 1922 hat diesen unerwünschten Zustand beseitigt. Vom 1. Februar 1922 an ist in Versorgungssachen die Anrufung der ordentlichen Gerichte allgemein ausgeschlossen. Die Versorgungsgerichte und das Reichsversorgungsgericht entscheiden künftig auch über diejenigen Punkte, die bisher der Entscheidung der ordentlichen Gerichte vorbehalten waren. Soweit allerdings am 1. Februar 1922 Klagen vor den ordentlichen Gerichten bereits anhängig waren, werden sie vor diesen zu Ende geführt.

Glesien

Oeffentliche Versammlung. Am 27. Juni, abends 8½ Uhr, fand im Gasthof eine öffentliche und gutbesuchte Versammlung mit dem Thema: „Die Gegenrevolution auf dem Marsche und die Aufgaben der Arbeiterklasse" statt. Als Referent war für den verhinderten Genossen Schippa (Halle) der Genosse Baumgärtel (Delitzsch) erschienen. In einstündiger Ausführung zeichnete er die heutige politische Situation auf. Der Mord an Rathenau war der Fühler, wie stark die Arbeiterschaft auf den Angriff der Reaktion Antwort gibt. — Die großen Demonstrationen haben bewiesen, daß sie gewillt ist, die Republikt zu verteidigen. Nicht leere Demon-

Rad-fahrer!

Das Spezialgeschäft ist die beste Einkaufsquelle in

Fahrrad-Mänteln von 130.— an
Schläuchen extra primo von 55.— an

Alle Größen am Lager. 2696

Gummi-Bieder
nur Große Steinstraße 35, Nähe Wettiner Hof.
Marken wie Dunlop, Hutchinson, Continental, Peter vorrätig.

Der diesjährige Saison-Ausverkauf
im Schuhaus Wiebach beginnt am 1. Juli!

Trotz der enormen Preissteigerung haben wir uns entschlossen, unserer Kundschaft auch in diesem Jahre durch unsern Saison-Ausverkauf eine billige Kaufgelegenheit zu schaffen. Aus der Fülle der preiswerten Angebote nennen wir heute folgendes:

Herrenstiefel Rindbox, elegante Form Mk. 475.—
Damen-Halbschuh Schnürschuh mit Lackkappe Mk. 325.—
Weißer Leinenschuh mit Lederbesohlung Mk. 168.—
Herrenstiefel braun, sehr elegant Mk. 725.—
Sandalen Rindleder 31/35 135.— 27/30 Mk. 125.—
Damen-Halbschuh eleganter Spangenschuh Mk. 320.—
Herrenstiefel Rindbox, z. Strapazieren Mk. 560.—

Einzelpaare bedeutend unter Preis! Damen-Halbschuhe schon von 98.— Mk. an!

Schuhhaus Wiebach, Kleine Ulrichstr. 11-12.

2681

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220629-13/fragment/page=0006

strationen und Resolutionen, nein, der Wille zum Handeln, zum Kampf muß dahinterstehen. — Er zeichnete weiter die wirtschaftlichen Verhältnisse auf, aus denen heraus die ganze politische Situation erst voll und ganz zu verstehen ist (Krieg, Reparationen, Erfüllungspolitik, Cannes, Genua) und kommt dann zum Schluß zur Begründung nachstehender Resolution, die nach guter und übereinstimmender Diskussion einstimmige Annahme fand. — Zum Schlußwort betrachtete Genosse Baumgärtel kurz das Verhältnis der proletarischen Jugend und des Arbeiterstandes im gesamten Klassenkampf und forderte die Jugendlichen auf, geschlossen mit in den Reihen der erwachsenen Genossen für die Freiheit der Gesamtarbeiterklasse zu kämpfen. Mit dem Gesang der Internationale fand die Versammlung gegen ½11 Uhr ihr Ende. — Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die am 27. Juni 1922, 8 Uhr abends in Glesien versammelte werktätige Bevölkerung protestiert aufs schärfste gegen die reaktionären Treibereien in ganz Deutschland und verurteilt den Nihilismus der Reaktion, der zu den Mordanschlägen und politischen Morden in letzter Zeit geführt hat. Zur Beseitigung der durch diese Machenschaften für die Republik entstehenden Gefahren und zur Sicherung des Rechtes der Arbeiterklasse fordert die Arbeiterschaft von Glesien von der Reichs- und Staatsregierung die Durchführung folgender sechs Punkte: 1. Sofortige Auflösung und Entwaffnung der Stahlhelmorganisationen des Jungdo, des Schutz- und Trutzbundes und sonstiger reaktionärer Vereinigung. 2. Beseitigung aller reaktionären Elemente in Reichswehr, Schupo, Justiz und Verwaltung und Ersetzung derselben durch freigewerkschaftliche organisierte Hand- und Kopfarbeiter. 3. Durchführung des Bielefelder Abkommens. 4. Abwälzung der Kriegs- und Reparationslasten auf die Besitzenden durch die sofortige Erfassung der Sachwerte. 5. Auflösung der Technischen Nothilfe. 6. Sofortige Freilassung aller wegen politischen Vergehens inhaftierten Arbeiter. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen erklärt sich die gesamte Bevölkerung von Glesien bereit, die Regierung jeder Zeit zu unterstützen und all ihre Maßnahmen in diesem Sinne zu fördern.

Schkeuditz

Vorführung des Films „Sowjet-Rußland“. Sonnabend, den 1. Juli, abends 7 und 9 Uhr findet im „Bahnhofshotel“ die Vorführung des Rußlandfilms statt. Die Vorführungen werden pünktlich angefangen. Eintritt 6 Mk. Die Genossen und Genossinnen und die gesamte Arbeiterschaft muß sich diesen Film mit erklärendem Vortrag ansehen. Der Reinertrag fließt der „Rußland-Hilfe“ zu.

Delitzsch

Oeffentliche Versammlung. Freitag, 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ öffentliche Versammlung für die Arbeiterkinderwoche. Genosse Baumgärtel referiert über das Thema: „Das proletarische Kind“. Die Arbeiterschaft wird ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Wolfen

Demonstrationskundgebung. In einer sehr stark besuchten, von der KPD. einberufenen Versammlung referierte der Genosse Höcker (Halle) über „Die Reaktion und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Er entrollte die Tätigkeit der Konterrevolution in den letzten drei Jahren. Zäh und unermüdlich verfolgen sie ihr Ziel, zuerst eine Militärdiktatur und dann die Monarchie wieder herzustellen. Der Meuchelmord zur Beseitigung revolutionärer Arbeiters und liberaler Bürgerlicher sei eine alltägliche Kampfeswaffe geworden. Bis jetzt habe die Arbeiterschaft nur mit Resolutionen und Demonstrationen auf das Vorgehen der Konterrevolution geantwortet. Das muß anders werden! Die jetzt zu bildenden Aktionsausschüsse aus den sozialistischen Arbeiterparteien müssen jede monarchistische Kundgebung im Keime ersticken. Auch auf die Gefahr hin, daß sie mit unseren Gegner in scharfen Kampf geraten. Die Entschließung mit den bekannten sechs Forderungen zur Sicherung der Republik fand einstimmige Annahme. Eine Tellersammlung für die „Rote Hilfe“ ergab den Betrag von 414 Mk.

Gräfenhainichen

Protestkundgebung. Eine noch nie dagewesene Protestdemonstration von zirka 2000 Teilnehmern zeigte hier klar, wie einig die Proleten zu gewissen Zeiten sein können. Der Zug bewegte sich von Golpa kommend über Zsch[illegible] nach Gräfenhainichen. Auf dem Marktplatz fand die Ansprache statt. In scharfer Weise wurde gegen die Massenmörder Stellung genommen. Erst sprach der Bürgermeister, dann ein demokratischer und ein SPD.-Redner. Eine Resolution mit den Forderungen des ADGB. wurde einstimmig angenommen. Sodann ging der Zug nach dem Schützenhaus, wo noch Redner aller vier Parteien sprachen. Insbesondere wurde auf die politisch Inhaftierten hingewiesen, deren Freilassung gefordert wurde.

Jeßnitz

Gemeinderatssitzung. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hielt ein Vertreter der Gasanstalt Wolfen (Kreis Bitterfeld) einen kurzen Vortrag über den geplanten Anschluß der Stadt zur Abgabe von Gas für gewerbliche Zwecke. Das Alleinlieferungsrecht für Licht steht mit Genehmigung der Dessauer Kreisbehörde vertragsgemäß dem Elektrizitätswerk Bitterfeld zu; der Stromgebührenzuschlag desselben beträgt für Monat Mai 1500 vom Hundert. Die Besoldungsordnung für die in der Gehaltsklasse aufgerückten städtischen Beamten wurde gutgeheißen. Der Baukostenzuschuß, welcher staatlicherweise mit 900 Mk. für den Quadratmeter bemessen ist, wurde auch für die Gemeinde anerkannt. Die Einrichtung eines Flurschutzes durch Sicherheitsbeamte lehnte die sozialistisch-kommunistische Mehrheit ab. Die Pachtgelder für städtische Aecker und Wiesen wurden um 25—100 vom Hundert heraufgesetzt; es soll auch eine Erhöhung der Jagdpacht versucht werden. Die städtischen Sauerkirschen-, Hartobst- und Pflaumennutzungen sollen nicht an Obstverkäufer, sondern an solche Einwohner, welche nicht selbst Obst ernten, in einzelnen kleinen Kabeln mit möglichst gleichmäßiger Anzahl von Bäumen gegen Höchstgebot verpachtet werden. Die wöchentliche Armenunterstützung wurde für Rentenempfänger von 30 auf 40 Mk. und für andere von 36 auf 48 Mk. erhöht.

Sandersleben

Kriegerverein-Stahlhelmrummel. Unsere kleine Stadt stand am Sonntag unter dem Zeichen der früheren schwarzweißroten Zeit. Ungefähr 100 Krieger und Kriecher waren herbeigeschafft worden, um erfolgreich in Sandersleben operieren zu können. Schon am frühen Morgen wurden die schwarzweißroten Lappen gehißt. Die Veranstaltung war von der anhaltischen Regierung verboten, trotz dieses Verbotes wurde der Rummel betrieben. An der Spitze des Zuges ritten zwei Lakaien in der Friedensuniform der Ulanen und Kürassiere. Die schwarzweißrote Fahne, die ein Radfahrer im Winde wehen ließ, wurde von unseren Genossen abgerissen. Auf dem Marktplatz wurde der Kürassiersöldling vom Pferde geholt. Es folgte dann eine Keilerei zwischen unseren Genossen und dem Stahlhelm. Trotzdem nur ein kleiner Teil unserer Genossen zur Stelle war, mußten diese verkappten Orgeschjünger doch den Platz räumen und verschiedene Hiebe mit in Kauf nehmen. Die beabsichtigte Festrede auf dem Markt konnte nicht gehalten werden, denn im Laufschritt versuchten diese Stahlhelmbanditen das schützende Dach ihres Lokals zu erreichen. Das zweite Lokal in der unteren Stadt, welches ebenfalls von ihnen gemietet war, blieb noch lange Zeit leer, weil die eine Hälfte dieser Kriecher nicht noch einmal mit den Fäusten unserer Genossen, welche den Marktplatz besetzt hielten, in Berührung kommen wollte. Diese Abreibung hätte noch viel gründlicher sein können, wenn die Genossen der SPD. und USPD. mit eingegriffen hätten. Die Militaristen der Umgebung fürchteten den Abend und verschwanden bereits im Laufe des Nachmittags so rasch wie möglich. Auch das Verhalten des Bürgermeisters war konterrevolutionär, denn auf der einen Seite hat er das Verbot erlassen und auf der anderen Seite liefert er Pferde und Kutschen zum Fahren und Reiten. Die Reaktion in Sandersleben soll sich nicht wundern, wenn der Arbeiterschaft die Geduld reißt. Im richtigen Augenblick werden wir endgültig aufräumen mit dem ganzen Zauber.

Sport

Reichs-Arbeiter-Sport-Woche

In diesem Jahre war unser schöner Werbetag durch schlechtes Wetter ganz zerrissen worden. Die Eröffnung am 11. Juni mit dem Sternlauf durch die Stadt und die Jugendkämpfe auf der Peißnitz mußten wegen der schlechten Witterung ausfallen. Am Dienstag, dem 13. Juni, stand im Fußballspiel der Süden dem Norden gegenüber. Auch diese Veranstaltung wurde zum Schluß durch die Witterung beeinflußt. Sieger blieb der Süden mit 2 : 0.

Am Freitag, dem 16. Juni, fand der Theaterabend im „Volkspark“ statt. Auch hier setzte der Regen am Abend ein und hielt viele von der schönen Veranstaltung fern. Die Darbietungen der einzelnen Vereine an dem Abend waren sehr gut und fanden reichen Beifall.

Am Vorabend des Hauptspieltages setzte ein großes Gewitter ein. Am nächsten Morgen regnete es und verregnete auch die ganzen Veranstaltungen. Der Platz war grundlos, so daß alles abgesagt werden mußte. Die Veranstaltungen sollen nun am 2. Juli stattfinden. Die Arbeitersportler haben nun die Pflicht, für diesen Tag fleißig zu werben.

Die Festfolge für den 2. Juli ist dieselbe, wie sie für den 18. Juni aufgestellt war. Vormittags 9 Uhr: leichtathletische Vorwettkämpfe; ½1 Uhr: Antreten auf dem Roßplatz zum Umzuge durch die Stadt nach dem Festplatz; ½3 Uhr Aufführungen aller Sportarten auf dem Festplatz, wie: Schwimmer, Turner, Radfahrer, Athleten, Boxer, Schachverein, Fußballer usw.

Am 30. Juni geben die Fußballer zum besten der Reichs-Arbeiter-Sportwoche den Retourwettkampf Süden-Norden auf dem Sandanger abends ½7 Uhr.

Sportler, Sportlerinnen und Arbeiter! Zeigt am 2. Juli reges Interesse für unsere Sportbestrebungen und erscheint zahlreich.

Sportklub „Adler“ von 1895. Einen schönen Erfolg konnte Sportklub Adler bei dem am Sonntag in Möckerling stattgefundenen Wettstreit erringen. Von fünf mitstartenden Mitgliedern konnten drei Preise errungen werden. Es wurden ausgezeichnet mit dem 2. Preis Paul Heinicke im Stemmen (Leichtgewicht), mit dem 3. Preis Otto Winter im Stemmen (Leichtgewicht) und mit dem 5. Preis Otto Winter im Ringen (Leichtgewicht). — Die Mitglieder werden auf den am Sonntag, dem 2. Juli, stattfindenden Reichs-Arbeiter-Sporttag hingewiesen, woran sich alle im Sportanzug zu beteiligen haben.

VfB. Trotha. Spielresultate: VfB. I. Trotha—Minerva 0 : 1. Das Spiel mußte 20 Minuten vor Schluß wegen Regen abgebrochen werden. — VfB. II. Trotha—VfB. Lettin 2 : 0, VfB. Trotha I. Jugend—Viktoria Jugend 0 : 0, VfB. Trotha II. Jugend—Viktoria II. Jugend 0 : 3, VfB. Trotha Schüler—Minerva Schüler 0 : 0. — Freitag, abends ½7 Uhr, auf der Peißnitz: Sportlust I.—VfB. I. Trotha. Beide Mannschaften spielen mit voller Elf.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes. Sonntag, den 2. Juli, Gruppenspieltag auf dem Sandanger. Zu erscheinen haben die Turnwarte, Spielleiter und die Vorsitzenden der Vereine um 11 Uhr in der Sitzung bei Hommel, Mansfelder Straße.

Turn- und Sportverein Fichte. Treffpunkt der beiden Handball-Mannschaften Sonntag, vormittags ½9 Uhr auf dem Sandanger zum Uebungsspiel.

HFK. „Teutonia“ von 08. Spielbericht vom 25. Juni: Teutonia I.—Vorwärts I. 2 : 0, Teutonia II.—Vorwärts II. 3 : 1, Teutonia Jugend—Dölau Jugend 3 : 0. — Sonnabend, abends 8 Uhr, Versammlung. Anschließend um 10 Uhr: Abmarsch zum Nachtausflug nach Nietleben mit Musik durch die Heide. Freunde und Gönner des Vereins sind eingeladen. — Am Sonntag, vormittags 11 Uhr, treffen sich alle Sportgenossen im „Lindenhof“ zum Umzug des Reichs-Arbeiter-Sporttages in Sportkleidung. Erscheinen eines jeden Sportgenossen ist Pflicht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Eildermann; für Anzeigen Fritz Kroh: Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Hiermit bestelle ich vom .... den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst“, den Beilagen: „Kämpfende Jugend“ und „Die kommunistische Frau“ zum Preise von 30 Mark monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: ....

Ort: .... Straße: ....

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert an uns gelangen zu lassen: Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Alle Abonnementsgelder sind nur auf das Postscheckkonto Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle, einzusenden.

Postbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Beim Nachfüllen von MAGGI's Würze

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird, denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als MAGGI's Würze feilgehalten werden.

*558

Drei lehrreiche Hefte über **Geschlechtsleiden!** Stück Mk. 2, Porto extra. 1. **Harnröhrenleiden** (frisch u. veraltet) mit Anhang: **Weißfluß der Frau.** 2. Behandlung der **Syphilis.** 3. **Nervenschwäche** besond. **Mannesschwäche.** Viele Anerkennungen über wirkl. Kuren ohne Berufsstörung u. ohne giftige Einspritzungen. Zusendung völlig diskret. Schreiben Sie sofort, von welchem Leiden Sie befreit sein wollen. *395
Dr. med. **H. Schmidt, Spezialinstitut G. m. b. H. Berlin NW 69, Rathenower Straße 73,** Sprechst. 10—1, 4—7.

Tafel-Margarine 2694 Pfund 36,90 **35.30**
Bratenschmalz (Kunstspeisefett) Pfd. **41.50**
Limburger Käse vorzüglich ¼ Pfund **8.50**
Kakao (Berger) alter Preis, Pfd. **46.00**
Kakao (Most) alter Preis Pfund **60.00**
Schokoladen, Pralinen Keks (Most) alter Preis
Nudeln . . . . . Pfund **15.00**
Kunsthonig 12.75, Grieß 10.90
Himbeersaft, Tee, Kaffee
Delikatessen. — Neuheiten.
Wilhelm Blos
Untere Leipziger Straße 5.

Im Ein- und Verkaufsgeschäft 397
P. Hammer, Rathausstr. 17, Hof I, kauft man billig und gut: **Guterhaltene Gehrock- u. Smoking-Anzüge, Herren-Anzüge 475 Mk., Militär-Röcke, -Mäntel, -Hosen usw.**

Allen denen, welche an **Hautausschlag** **Unreiner Haut** leiden, kann Obermeyer's Medizinal-Herba-Seife aufs beste empfohlen werden. J. Hocherl, Deining. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besond. zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien *561

Größter und billigster Spezialverkauf und Versand von
Bettstellen, Matratzen und Kinderwagen aller Art. 2700
Erstklass. Erzeugnisse — Fachm. Bedienung. Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.
Bruno Paris, Halle, Kl. Ulrichstr. 2, im Domgemeindehaus

Der beste Ersatz für Oberhemden

sind meine prima weißen 2701 **Mako-Einsatz-Hemden** mit passenden, festen Manschetten **Stück 225 Mk.**
Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2, eine Treppe, Eing. Sternstr.

Wachstuchreste
Wachstuche vom Stück 400
Linoleum für Tische
in großer Auswahl
Linoleum
Teppiche mit kleinen Fehlern **besonders preiswert**
Hugo Nehab Nchf. Gr. Ulrichstr. 3.

Werbt für die Prod.-Genossensch.

Wohnungstausch! St., K., K., Korr. u. Zub., Gas, i. Nordv., geg. gl. i. Süd. zu tausch. ges. Off. Kl. 2688 Exp. d. Bl.

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Bekanntmachung.

In den nächsten Tagen beginnt die Aufnahme der im Stadtbezirk vorhandenen **Hunde.** Zu diesem Zwecke gehen den Grundstückseigentümern oder ihren Stellvertretern Listen zu, in die sämtliche in jedem Grundstück gehaltenen Hunde einzutragen sind. Die Listen sind durch die Grundstückseigentümer mit einer Bescheinigung über die Richtigkeit der Angaben zu versehen und eine Woche nach Empfang zur Abholung bereit zu halten.

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß diese Hundeaufnahme **nicht** die gemäß § 5, Abs. 1 der Hundesteuerordnung erforderliche Anmeldung eines **nicht mehr an der Mutter saugenden** Hundes ersetzt und daß die Hundemarken am Halsbande oder am Maulkorbe des Hundes **sichtbar** zu befestigen sind.

Halle, den 24. Juni 1922.

Der Magistrat. 2693

Bekanntmachung.

Die Ueberschüsse aus der am 8. Juni 1922 beim städtischen Leihamte abgehaltenen Versteigerung der in den Monaten Januar, Februar und März 1921 versetzten und erneuerten Pfänder (Pfandnummer von 41481 bis 48476 und Pfandscheine in rotem Druck) sowie die in der Versteigerung freigewordenen Pfänder sind innerhalb der einjährigen Abhebungsfrist

vom 29. Juni 1922 bis 28. Juni 1923

bei der Kasse des Leihamts gegen Rückgabe der Pfandscheine und gegen Quittung in Empfang zu nehmen. Alle in dieser Zeit nicht abgehobenen Ueberschüsse und freigewordenen Pfänder verfallen dem Reservefonds des Leihamts bezw. der Ortsarmenkasse.

Halle, den 28. Juni 1922. 2689

Das Leihamt der Stadt Halle.

Gummi-Mäntel sehr preiswert in **Riesels Monats garderoben,** Gr. Märkerstr. 22, I *058

Jeder neue Anteilschein zur Produktiv-Genossenschaft ist ein Schlag gegen die Reaktion! Das bedenke als Mitglied der KPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220629-13/fragment/page=0007
DFG

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

8] Von John Reed

Dem gegenüber stand der vorläufig noch formlose Wille des Proletariats — der Arbeiter, niederen Soldaten und armen Bauern. Viele der lokalen Sowjets waren bereits bolschewistisch; daneben bestanden die Organisationen der industriellen Arbeiter, die Fabrik- und Werkstattkomitees, die revolutionären Armee- und Marineorganisationen. In einigen Orten hielten die Massen, an der regulären Wahl ihrer Sowjetdelegierten verhindert, Rumpfversammlungen ab, in denen sie aus ihrer Mitte heraus einen bestimmten, der nach Petrograd zu gehen hatte. In anderen jagten sie die alten Obstruktion treibenden Komitees auseinander und bildeten neue. Die Kruste, die sich an der Oberfläche der seit Monaten schlummernden revolutionären Glut gebildet hatte, kam in Bewegung und begann bedenklich zu krachen. Nur eine solche spontane Massenbewegung konnte den Allrussischen Sowjetkongreß bringen.

Und die bolschewistischen Redner schleuderten Tag für Tag in allen Kasernen und Fabriken die heftigsten Anklagen gegen die „Regierung des Bürgerkrieges". Eines Sonntags fuhren wir auf einem, über Ozeane von Schmutz rumpelnden, ungefügten Dampfstraßenbahnwagen, an steif dastehenden Fabriken und riesigen Kirchen vorbei, zum Obuchowsky Sawod, einer Regierungsmunitionsfabrik jenseits des Schlüsselburg-Prospekts.

Die Versammlung fand zwischen den ungeputzten Mauern eines mächtigen, im Bau unterbrochenen Hauses statt. Wohl an zehntausend dunkelgekleidete Männer und Frauen drängten sich um eine rotdrapierte Tribüne, saßen auf Balken oder Steinhaufen oder thronten auf hohen Gerüsten, voll grimmiger Entschlossenheit und ihren Willen mit Donnerstimme hinausschreiend. Durch den trüben, wolkenschweren Himmel brach dann und wann die Sonne, durch die leeren Fensteröffnungen einen rötlichen Schimmer über die zu uns aufgekehrten einfachen Gesichter gießend.

Lunatscharski, eine schmächtige, studentenhafte Erscheinung, mit einem sensitiven Künstlerantlitz, setzte auseinander, warum die Sowjets unter allen Umständen die Macht übernehmen müßten. Niemand anders könne die Revolution gegen ihre Feinde schützen, die mit Vorbedacht das Land und die Armee zugrunde richteten und einem neuen Kornilow das Feld bereiteten.

Ein Soldat von der rumänischen Front, abgemagert, voll bebender Leidenschaft, schrie in die Versammlung hinein: „Kameraden, wir hungern an der Front, wir frieren, wir sterben und wissen nicht wofür. Ich bitte die amerikanischen Kameraden, es in Amerika zu sagen, daß wir Russen unsere Revolution bis zum Tode verteidigen. Wir werden alles daransetzen, unsere Feste zu halten, bis die Massen der ganzen Welt sich erheben werden, um uns zu Hilfe zu eilen. Sagt den amerikanischen Arbeitern, daß sie aufstehen mögen zum Kampfe für die soziale Revolution!"

Im Rate der Republik vertiefte sich der Riß zwischen den beiden Seiten der Kammer mit jedem Tage mehr.

„Die besitzenden Klassen," erklärte Karelin für die Linken Sozialrevolutionäre, „sind bestrebt, den revolutionären Staatsapparat auszunützen, um Rußland an den Kriegswagen der Alliierten zu binden. Die revolutionären Parteien sind entschiedene Gegner dieser Politik . . ."

Der alte Nikolai Tschaikowski, der Vertreter der Volkssozialisten, nahm gegen die Uebergabe des Landes an die Bauern Stellung und verteidigte die Kadetten:

„In der Armee muß sofort die straffste Disziplin hergestellt werden . . . Ich habe seit dem Beginn des Krieges nicht aufgehört zu erklären, daß ich es als ein Verbrechen betrachte, soziale und wirtschaftliche Reformen durchzuführen, solange der Krieg währt. Wir begehen jetzt dieses Verbrechen. Ich bin trotzdem kein Gegner dieser Reformen; denn ich bin Sozialist."

Von links antworteten ihm heftige Zurufe: „Wir glauben Ihnen nicht." Rechts findet er mächtigen Beifall.

Für die Kadetten erklärte Aschemow, daß es nicht notwendig sei, den Soldaten zu sagen, wofür sie kämpften, da jeder Soldat wissen müsse, daß es vor allem darauf ankomme, die Feinde Rußlands aus dem Lande zu jagen.

Kerenski selber erschien zweimal, um einen leidenschaftlichen Appell für die nationale Einheit an die Kammer zu richten, einmal sogar am Schlusse seiner Rede in Tränen ausbrechend. Er wurde mit Eiseskälte angehört und oft durch ironische Zwischenrufe unterbrochen.

*

Das Smolny-Institut, der Hauptsitz des Allrussischen Zentralkomitees der Sowjets und des Petrograder Sowjets, lag einige Meilen außerhalb der Stadt, am Ufer der mächtigen Newa. Ich fuhr dorthin in einer Art Omnibus, der in schneckengleichem Tempo und knarrend über das miserable und schmutzige Pflaster der kolossal belebten Straßen holperte. Am Ende der Fahrt erhob sich in wundertoller Grazie die rauchblaue, mit mattem Gold verzierte Kuppel des Smolnyklosters; daneben die an eine Kaserne erinnernde Fassade des Smolnyinstituts, sechshundert Fuß lang und drei mächtige Stockwerk hoch, über dem Eingang noch immer riesengroß das in Stein gehauene kaiserliche Wappen tragend.

Unter dem alten Regime eine berühmte Klosterschule für die Töchter des russischen Adels und unter dem Patronat der Zarin selber stehend, wurde das Institut nach der Umwälzung von den revolutionären Organisationen der Arbeiter und Soldaten übernommen. In seinem Innern befinden sich über hundert große Zimmer, weiß und schmucklos. Kleine weiße Emaillieschildchen weisen den Vorübergehenden darauf hin, welcher Bestimmung einst die einzelnen Zimmer dienten. „Damenklassenzimmer Nr. 4", lese ich, oder „Büro für das Lehrpersonal" usw. Darüber aber hängen mit ungeschickten Schriftzeichen Tafeln, die Merkmale der neuen Ordnung: „Zentralkomitee des Petrograder Sowjets", „Zentralexekutivkomitee der Sowjets und Büro des Auswärtigen", „Verband Sozialistischer Soldaten", „Zentralkomitee der Allrussischen Gewerkschaften", „Fabrik- und Werkstättenkomitees", „Zentrales Armeekomitee", „Zentralbüros und Fraktionszimmer der Politischen Parteien".

In den langen, gewölbten Korridoren, von seitenen elektrischen Birnen erhellt, drängten sich geschäftige Soldaten und Arbeiter, einige tief gebeugt unter der Last riesiger Bündel Zeitungen, Proklamationen, Propagandaschriften aller Art; mit dem Aufklappen ihrer schweren Stiefel, ein tiefes, unaufhörliches Getöle auf dem hölzernen Fußboden verursachend. Ueberall Plakate: „Kameraden! Im Interesse Eurer Gesundheit, achtet auf Reinlichkeit!" In jeder Etage, auf allen Treppenabsätzen, lange Tische mit Flugschriften und Literatur der verschiedenen politischen Parteien, zum Verkauf ausliegend.

Der im Erdgeschoß gelegene, sehr geräumige, aber niedrige Speisesaal des einstigen Klosters diente auch jetzt seinem alten Zweck. Für zwei Rubel kaufte ich einen Bon, der mir Anrecht auf ein Mittagessen gab, und schloß mich einer wohl tausend Personen langen Reihe an, um Schritt für Schritt den großen Serviertischen näherzukommen, wo zwanzig Männer und Frauen aus mächtigen Kesseln Kohlsuppe, Fleisch, ganze Berge Kascha und Stücke schwarzen Brotes verteilten. Für fünf Kopeken gab es einen Zinnbecher Tee. Einem zur Hand stehenden Korb entnahm man einen fettigen Holzlöffel . . . An den hölzernen Tischen drängten sich auf ihren Bänken hungrige Proletarier, ihr Brot verzehrend, diskutierend und mit derben Späßen den weiten Raum erfüllend.

In der oberen Etage war ein weiterer Eßraum für das Zentralexekutivkomitee der Sowjets reserviert, wenngleich hinging, wer wollte. Hier gab es dick mit Butter belegtes Brot und Tee in unbeschränkten Mengen.

Im Südflügel befand sich in der zweiten Etage der große Versammlungssaal, der ehemalige Ballsaal des Instituts. Ein erhabener, ganz in Weiß gehaltener Raum, von weißgalsterten Leuchtern mit Hunderten elektrischer Lampen erhellt und durch zwei Reihen massiver Säulen geteilt; an dem einen Ende eine Balustrade, von zwei hohen, vielverzweigten Leuchtern flankiert, dahinter ein goldener Rahmen, aus dem man das kaiserliche Porträt herausgeschnitten hatte.

Den Saal durchquerend, gelangte man in einen Vorraum, wo sich das Bureau der Mandatsprüfungskommission für den Sowjetkongreß befand. Hier stand ich, die neuankommenden Delegierten musterend: bärtige Soldaten, Arbeiter in schwarzen Blusen, einige wenige langhaarige Bauern. Das den Dienst versehende Mädchen, ein Mitglied der Plechanowgruppe, lächelte verächtlich. „Wie verschieden sind diese Leute von den Delegierten des ersten Kongresses," meinte sie. „Sehen Sie nur, wie roh und unwissend sie aussehen. Das sind die dunkelsten Schichten des russischen Volkes . . ." Sie hatte recht. Rußland war bis zum Grunde aufgewühlt, und das Unterste war zu oberst gekehrt. Das Mandatsprüfungskomitee, noch von dem alten Zentralexekutivkomitee der Sowjets eingesetzt, wies einen nach dem andern der Delegierten als nicht ordnungsgemäß gewählt zurück. Aber Karachan vom Zentralkomitee der Bolschewiki lächelte nur: „Unbesorgt, wenn die Zeit herankommt, werden wir schon sehen, daß Ihr Eure Sitze bekommt."

(Fortsetzung folgt.)

Michels Schlummerlied

Leg' dich, Herzmichel, nur wieder zur Ruh',
Schließe die großen Guckäugelein zu!
Alles ist ruhig und still wie ein Grab,
Schutzmänner wehren die Fliegen dir ab.

Alles ist still und zur Ruhe gebracht,
Bald, Kind, umfängt dich herrliche Nacht.
Siehst du die Juchten? Hörst du den Bär?
Schon reiten deine Kosacken daher!

Kind, schöne Sachen bringt dir der Zar —
Schlaf nur, noch ist die Suppe nicht gar!
Viel hohe Köche kochen den Grieß;
Ei, mein Kindchen, wie wird der so süß!

Schlaf, Michel, schlaf! Wie die Mispel auf Stroh
Mußt du erst reifen, noch bist du zu roh.
Noch ein Jahrhundert schlumm're so zu —
Bis dich die Knute weckt aus der Ruh'!

Adolf Glaßbrenner.

Zwei Welten

Von Gösta Brand

Zwei Welten stehen gegenwärtig im Kampfe. Jede von ihnen schließt die andere aus. Es ist ein Kampf um Leben und Tod. Mut gehört dazu, die ganze Unerbittlichkeit dieses Kampfes einzusehen. Es gibt für uns Menschen nur die eine Wahl: für — oder wider.

Vor einem Jahrhundert trat die damals neue bürgerlich-kapitalistische Welt in einen ebensolchen unerbittlichen Kampf ein gegen die alte Welt des Feudalismus. In den Kampf um Sein oder Nichtsein. Was aber hat die siegreiche Bourgeoisie von der überwundenen feudalen Gesellschaft bestehen lassen? Doch nicht mehr als ein paar Namen und Titel. Alles andere, alles Wesentliche wurde vernichtet; eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft trat an die Stelle der Besiegten.

Was wir daraus lernen müssen, ist: es gibt kein Nebeneinander von zwei solchen Welten; es gibt kein Nebeneinander von bürgerlich-kapitalistischer und von sozialistischer Welt; kein Nebeneinander von Bourgeoisie und Proletariat. Der Kampf geht um Leben und Tod!

Was wird das Proletariat von der bürgerlich-kapitalistischen Welt übrig lassen? Es wird sie ausrotten müssen mit Stumpf und Stiel. Nichts darf übrig bleiben von der bürgerlich-kapitalistischen Welt. Wir sind das Geschlecht des Uebergangs, dem dieser Kampf auferlegt ist als unsere erste und letzte Aufgabe. Das müssen wir klar erkennen und danach handeln — mit aller Unerbittlichkeit.

Bourgeoisie und Proletariat: zwei Welten, die sich bekämpfen müssen bis zur völligen Vernichtung der einen, bis zum restlosen Siege der anderen. Ein Kampf, dessen Entscheidung allein im Gebiete des Wirtschaftslebens fallen kann und wird. Aber ein Kampf, der das ganze Gebäude unserer Kultur erfüllt.

Ein volles Jahrhundert hindurch hat die Menschheit im Zeichen des Kapitalismus gelebt. Wir alle tragen die Grundstoffe dieser Lebensweise als Erbe von Vater, Großvater und Urgroßvater in uns. Der ganze verwickelte Apparat der bürgerlich-kapitalistischen Kultur mit Wirtschaft, Recht, Schule, Kirche, Sitte, Moral war einhundert Jahre lang am Werke, um uns zu bürgerlich-kapitalistischen Menschen zu kneten, zu pressen, zu formen. Wir tragen diesen bürgerlich-kapitalistischen Geist nicht als ein äußeres Gewand, das wir eines Tages abstreifen könnten; nein, in unserem tiefsten Wesen, in unserem Fühlen, Denken, Wollen sitzt dieser Geist des bürgerlichen Kapitalismus. Wer auf sich selbst achtzugeben gelernt hat, sieht täglich mit Entsetzen, wie tief und zäh dieser Geist in uns steckt. Wir sprechen immer nur von Kapitalismus als einer Wirtschaftsordnung; aber seit Karl Marx sollten wir wissen, daß jede Gesellschaftsordnung sich einen geistigen Ueberbau schafft, so wie er ihrem Wesen entspricht.

Wir erkennen, daß der Kapitalismus nicht nur eine wirtschaftliche, sondern noch viel schlimmer: eine geistige Seuche ist. die wir nur da erfolgreich bekämpfen können, wo sie wurzelt: in unserem Geiste.

Darum heißt es: Kampf und Vernichtung diesem geistigen Kapitalismus! Sonst werden wir eines Tages, wenn wir die Macht haben, die Gesellschaft nach unserem Willen einzurichten, mit Grauen sehen, wie die bürgerlich-kapitalistisch fühlenden, denkenden, wollenden Menschen den Geist der alten vernichteten Welt in unsere neue werdende Welt als zersetzenden Giftstoff hinüberragen. Denn wir müssen doch ehrlich und mutig genug sein, die Dinge zu sehen, wie sie sind: wir sind, wir jetzt Lebenden, so stark durchtränkt von jedem Geiste der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, daß wir schier verzweifeln müssen, ob wir ihn je in uns ganz abtöten werden. Und ob wir auch tausendmal diesen unsern Absichten feindlichen Geist bekämpfen, ob wir ihn tausendmal auszutreiben unternehmen, diesen Teufel des Kapitalismus, er wird uns, ehe wir nicht ihm gegenüber selbst stärker werden, tausendmal äffen, tausendmal aufs neue aus unserm Tun, Denken, Fühlen mit seiner verhaßten Fratze uns angrinsen.

Wie ich meinen besten Freund verlor

Eine Erzählung von Martin Jäger

Der Wert dieser Skizze liegt, von der litterarischen Form abgesehen, in der wahrheit zermalmenden Anklage, die das Schicksal ihres unglücklichen Helden wider die Weltanschauung, die ganze sittliche Atmosphäre erhebt, in die die Volksschule die ihr anvertraute Jugend einführt.

Er wohnte im Hinterhaus. Ich im Vorderhaus. Freunde waren wir schon gewesen, als wir noch kaum laufen konnten. Als wir zum erstenmal die Schule besuchten, wollte man uns nicht nebeneinander setzen. Doch ich schrie und strampelte so lange, bis der Lehrer nachgab. Von nun an wurde unsere Freundschaft inniger. Bekam einer von uns vom Lehrer Prügel, so weinten wir alle beide.

Nach einigen Jahren war unsere Freundschaft sprichwörtlich geworden im Dorf. Kein einziger von den Dorfjungen wagte es, mit uns anzubändeln. Ich selbst war schwach, aber mein Freund, der Schnorr Peter, nahm es mit dreien auf. Wehe dem, der es wagte, mich auch nur schief anzusehen; er bekam unfehlbar Peters Fäuste zu spüren. So blieb es lange und wäre immer so geblieben, wenn nicht jener verhängnisvolle Abend gekommen wäre.

Es war ein kalter Märzabend. Der Wind trieb einem den Schnee ins Gesicht. Schon wollte ich mich ins Bett legen, als ich einen langgezogenen Pfiff hörte, der nur vom Schnorr Peter herrühren konnte. Hastig kleidete ich mich an und schlich mich die Treppe hinab, damit meine Eltern nichts merkten.

„Was ist denn los, Peter?"

Jetzt erst bemerkte ich, daß meinem Freunde das Wasser über die Augen lief. Der Angstschweiß trat mir auf die Stirn, denn genau so weinte der Peter, als sein Vater abends tot heimgebracht wurde und er die Nachricht ins Vorderhaus brachte. Sollte vielleicht seine Mutter, die schon jahrelang krank war, mit dem Tode ringen? Oder war seiner kleinen Schwester etwas zugestoßen? Alle diese Gedanken waren mir wie der Blitz durch den Kopf gefahren.

„Ich halts nicht mehr aus; wir haben keinen Bissen zu essen, keine einzige Kohle mehr. Die Mutter ist wieder schlimmer, und meine kleine Schwester jammert laut vor Hunger und Kälte," berichtete Peter, und weinte leise vor sich hin.

Ich hieß Peter, auf mich warten. Leise ging ich in die Küche, schnitt ein Stück Brot, nahm ein Stückchen Fleisch und eine Flasche Milch.

„So, Peter, mehr kann ich Dir nicht geben. Morgen werde ich meine Mutter bitten, daß sie Euch noch etwas bringt."

„So wahr ich Peter heiß, frieren sollen sie auch nicht länger, meine gute Mutter und die Anna. Wenn nur noch zwei Wochen herumgehen, dann kommen wir ja aus der Schule. Bei den Maurern verdiene ich so viel, daß wir uns über Wasser halten können." Mit diesen Worten entfernte sich Peter.

Was er nur mit den Worten: „So wahr ich Peter heiß, frieren sollen sie auch nicht länger," gemeint hat? Immer wieder gingen mir diese Worte durch den Kopf.

„Hat der Peter schon gepfiffen?" fragte ich am anderen Morgen meine Mutter.

„Nein, er wird schon in der Schule sein."

Zum ersten Male bemerkte ich, daß meine Mutter etwas vor mir verbarg. Als ich in die Schule kam, war Peter noch nicht da. Die Schulkameraden steckten die Köpfe zusammen und lachten spöttisch zu mir herüber. Plötzlich hörte ich hinter mir das Wort „Kohlendieb". Der Boden unter meinen Füßen fing an, zu wanken. Ich wäre gefallen, wenn ich mich nicht auf die Bank gesetzt hätte. Jetzt wußte ich, was jene Worte am Abend zu bedeuten hatten. Er war seiner Schwester und seiner Mutter zuliebe zum Dieb geworden. Das Elend hatte ihn zum Dieb gemacht.

Der Unterricht hatte begonnen. Ich konnte den Ausführungen des Lehrers nicht folgen. Meine Gedanken waren immer bei der armen Frau Schnorr und bei Peter. Da — ich glaubte nicht recht zu sehen — kam Peter zur Tür herein. Im Gesicht so weiß wie Schnee, den Kopf auf der Brust, war er ein Bild des Jammers. Der Lehrer nahm ihn auf die Seite und sprach leise mit ihm. Ohne den Kopf zu heben, setzte er sich neben mich.

Ich wagte nicht, ihn anzusehen.

„Pause!" rief der Lehrer, und alle strömten nach dem Hof.

„Wenn Peter sich nur nicht neben mich stellt," dachte ich. Mit einem Dieb wollte ich nichts zu schaffen haben. Nein, er stellte sich allein in eine Ecke und um ihn herum standen seine Schulkameraden. „Kohlendieb." „Kohlendieb," schrien sie ihr an, ja einige spieen ihm ins Gesicht. Meine Fäuste ballten sich, aber ich wagte nicht, einem Dieb zu helfen.

War er ein Dieb? Hatte er nicht einem reichen Kohlenhändler so viel genommen, um seine kranke Mutter, seine kleine Schwester vor der Kälte zu schützen? Es kam etwas wie Trotz über mich. Er hat Kohlen gestohlen, also darf ich nichts mehr mit ihm gemein haben. Ja, wenn ihn nicht der Nachtwächter erwischt hätte! — so suchte ich mein Gewissen zu beschwichtigen.

Da geschah etwas Unerwartetes. Mit einem Sprung stand er neben mir. Er suchte bei dem Schutz, den er seit acht Jahren beschützt hatte. „Dieb", kam es leise von meinen Lippen. Er warf mir einen Blick zu, den ich nie, nie, so lang ich lebe, vergessen kann. Ich fühlte es, in diesem Augenblick hatte ich meinen besten Freund verloren.

Peter kam nicht mehr in die Schule. Seine Mutter war so krank, daß das Schlimmste zu befürchten war. Einige Tage darauf führte man sie hinaus in den kleinen Dorffriedhof. Zwei Tage danach war Peter verschwunden. Morgens, ehe ich aufwachte, dankte er meiner Mutter für alles Gute und ging, ohne nach mir zu fragen, ohne mir zu verzeihen.

*

An einem warmen Juliabend begab ich mich, mehrere Jahre später, nach meinem Stammlokal.

„Hast du schon gelesen?" kam es wie aus einem Munde

„Was ist denn los?" gab ich zurück.

„Dein Freund, der Peter!"

Im nächsten Augenblick preßte ich dem Mann, der die Zeitung in der Hand hatte, den Arm, daß er aufschrie.

„Lies!" schrie ich ihn an.

„Der Hochstapler Peter Schnorr hat sich in dem Moment erschossen, als ihn ein Kriminalbeamter verhaften wollte." —

Weiter kam er nicht, denn ich war ohnmächtig zusammengebrochen. Ich hörte nur ein Donnern und in tausendfachem Echo die Worte: „Du trägst die Schuld."

Man trug mich heim, und lange habe ich krank gelegen. Seitdem, wenn ich allein und traurig gestimmt bin, steigt etwas in mir auf, geht wie eine Rade durch meinen Körper, schnürt mir den Hals zusammen, und dann kommen sie, anfangs langsam, dann heftig, die Tränen um meinen verlorenen Freund.

Martin Jäger.

Erziehung

Kinder sollen nicht dem gegenwärtigen, sondern dem zukünftig möglich besseren Zustand des Menschengeschlechts, d. i. der Idee der Menschheit und deren ganzer Bestimmung angemessen, erzogen werden.

Eltern erziehen ihre Kinder gemeiniglich nur so, daß sie in die gegenwärtige Welt, sei sie auch verderbt, passen. Sie sollten sie aber besser erziehen, damit ein zukünftiger besserer Zustand hervorgebracht würde.

Kant.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220629-13/fragment/page=0008